

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

l sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Frangegeld.
Post-Nr.: 2470.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Wismarstraße 10.

Insertate
für die hiergespaltene Beilage oder deren Raum 40
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20
Berjammlungsanzeigen 10 S. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zuzug ist fern zu halten von:
- Tischlern nach Bunzlau, Schwenningen (Waffer), Hargburg, Ludwigshafen (Fasing), Schwedt (Ernst Schulz), Prag, Siegen, Bruchsal (Jung), Biegnitz (G. Venle), Ederförde, Prießbus in Schlesien, Salze bei Schönebeck (Purich), Frankfurt a. d. O. (Gollath);
- Tischlern, Bildhauern und Maschinenarbeitern nach Bamberg (Müller);
- Tischlern und Stellmachern nach Kelferbach (Wagenfabrik), Arbf in Schweden (Möller's Wagenfabrik);
- Mobeltischlern nach Mannheim (Lang);
- Bau- und Mobeltischlern, Anschlägern, Bodenlegern und Maschinenarbeitern nach Tübingen;
- Drechsler und Stellmachern nach Esßlin (Jos. Zabe);
- Drechsler nach Woson (Wendig & Söhne), Ratingen (Holzwaarenfabrik vormals Dmar Jiller);
- Parquetbodenlegern nach Hamburg (Gebr. Herz, Grimm 22);
- Stuhlmachern, Tischlern und Polirern nach Willkau l. S. (Krebs), Rabenau (Müller & Weinert), Mänder am Deister (Gebr. Brn, Mählmühle);
- Pianosortentischlern nach Reih (Morenz);
- Bürstenmachern nach Bippfpringe l. W. (Ruthe & Jahrand), München, Köln (Greifels), Heinfeld (Hinge);
- Kammernachern nach Erlangen (Aug. Schnipp);
- Wagnern nach Karlsruhe;
- Gummiarbeitern nach Kassel (Midel & Co.).

Der Arbeiter als Arbeitgeber.

Eine zeitgemäße Betrachtung.

Aus Anlaß der Differenzen, welche in letzter Zeit mehrere Krankenkassen mit ihren Ärzten hatten, ging eine Notiz folgenden Inhalts durch die kapitalistischen Zeitungen: „Das Vorgehen der sozialdemokratischen Krankenkassen gegen die Ärzte, denen man ihr Einkommen schmälern will, geht aus dem Bestreben hervor, möglichst viel von den Kassenbeiträgen den sozialdemokratischen Agitatoren zuzuwenden, die als Beamte in den Kassen sitzen. Es ist notorisch, daß die bequemen Posten in den Krankenkassen von der Leitung der sozialdemokratischen Partei den Agitatoren zur Belohnung für geleistete und als Ansporn für noch zu leistende Dienste übergeben werden. Diese Stellen werden weit über Gebühr bezahlt.“ Es war eine eigenthümliche Ironie des Schicksals, daß zur selben Zeit die Arbeiterzeitungen über eine Versammlung der Berliner Ortskrankenkasse der Maler Folgendes berichteten:

„Einen Antrag der Kassenbeamten auf Gehaltserhöhung lehnte die Generalversammlung, obgleich die geforderten Gehälter hinter den von der Lohnkommission der Krankenkassenbeamten aufgestellten Sätzen noch weit zurückblieben, mit großer Mehrheit ab. Während die Vertreter der Arbeitgeber für die Gehaltserhöhung eintreten, sprachen von den Arbeitnehmerdelegirten nur einzelne für diese Forderung. Die meisten Redner der Arbeitnehmer wiesen jede Gehaltserhöhung schroff zurück mit dem Bemerkten, daß sie als Malergehilfen erheblich weniger Einkommen hätten, als die Kassenbeamten fordern; wenn diese mit den bisherigen Gehältern nicht zufrieden wären, dann sollten sie nur gehen, ihre Stellen würden schon wieder besetzt werden. Hoffentlich sehen die in Betracht kommenden Kassenmitglieder bald ein, daß solche ebenso brutalen wie unzutreffenden Grundfälle, die mit Recht verurtheilt werden, wenn Unternehmer sie aufstellen, der kassenbewußten Arbeiterchaft in hohem Maße unwürdig sind. Es ist dies ja leider nicht der einzige Fall, daß Arbeiter sich in derart verletzender Form äußern, wenn die in ihrem Dienst thätigen Personen an eine Verbesserung ihrer Lage denken.“

Während die Kapitalistenpresse also mit Vorliebe von den „hohen Gehältern“ der Agitatoren faselt, hat die Arbeiterpresse nicht selten Gelegenheit, über die Pfennigknauserei der Arbeiter den von ihnen besoldeten Personen gegenüber zu klagen. In der That haben beide so entgegengesetzten Erscheinungen ihren Ursprung in derselben Wurzel.

Nicht gar so selten kommt es vor, daß selbst organisirte und angeblich aufgeklärte Arbeiter über die „hohen Gehälter“ ihrer Kollegen, die ein Amt in der Organisation bekleiden, los-

ziehen und dadurch der Kapitalistenpresse Wasser auf die Mühle leiten. Es vergeht wohl keine Generalversammlung, ohne daß die Beamten der Arbeiterorganisationen Spießruthen laufen und am Brangerysahl stehen müssen, weil sie angeblich so furchtbar viel verdienen und ein so gemüthliches Dasein führen. Dies unsagbar beschämende Schauspiel wiederholt sich jahraus und jahrein, halb hier und halb da, und bietet naturgemäß den Scharfmachern und Kapitalistenpropheten immer von Neuem Stoff gegen „die sich von den Arbeitergroßmännern mästen Agitatoren“ zu hegen. Wie rückständige Ansichten noch heutzutage in manchen Köpfen spulen, beweist ein Artikel im „Textilarbeiter“, worin das Mitglied Kaver Niebold in Duisburg das besoldete Beamtenthum in der Arbeiterbewegung prinzipiell verwirft, da hierdurch der Geschäftssozialismus gefördert und das Solidaritätsgefühl untergraben werde. „Es kommt aber oft vor“, so schreibt er, „daß solche Personen, wenn sie kurze Zeit ihres Amtes walteten, sich mit einem dunkelhaften Nimbus umgeben und sich hoch über Andere gestellt fühlen, als hätten sie die Schlaubeit löffelmäßig eingenommen.“ Er spricht von besoldeten Beamten, die garnicht auf ihren Posten gehören, indem sie die reinen Geschäftssozialisten sind und eine sich besser blänkende Kaste bilden. Daß eine solche Kritik, die jeder Unterlage und Sachkenntniß entbehrt, den Unternehmern wie Sphärenmusik in den Ohren klingt, muß auch dem Unkundigsten einleuchten. Trotzdem die Scharfmacherzunft ihre hochbesoldeten Generalsekretäre hat, heuchelt sie noch immer den Glauben, als ob die Leiter einer großen Gewerkschaft ihre Arbeit gratis und nach Feierabend machen könnten. Leider giebt es noch heutzutage Arbeiter, die sich nicht scheuen, solche verwerfliche Ansichten mit allem Ernste an's Licht zu fördern.

Noch schlimmer vielleicht als diese prinzipiellen Gegner des besoldeten Beamtenthums sind diejenigen Arbeiter, die da meinen, man müsse die Beamten knapp halten, auf daß die sich nicht zu wohl fühlen in ihrem Dasein. Wie gewisse Vogelzüchter ihre Kanarienvögel hungern lassen, damit sie besser singen, so wollen diese guten Leute die Angestellten der Arbeiterorganisationen möglichst niedrig entlohnen, damit sie nicht das proletarische Bewußtsein verlieren. Dies zeigt sich so recht in der Diskussion, die über die bekannten Vorschläge des Vorstandes des Metallarbeiter-Verbandes gepflogen wird. Unsere Leser wissen, warum es sich handelt, doch heben wir des besseren Verständnisses halber die beiden wesentlichsten Punkte hervor:

„Bezüglich der Besoldung der Bezirksleiter steht der Vorstand auf dem Standpunkt, daß die Besoldung eine derartige sein muß, daß nicht nur der Betreffende damit auskommen kann und jeglicher Sorge um seine Existenz behoben ist, sondern daß sie auch eine Gewähr dafür bietet, daß sich nur tüchtige Kräfte zur Verfügung stellen und diese dann auch in ihrer immerhin aufreibenden Thätigkeit nicht erlahmen. Von dieser Auffassung ausgehend, hält der Vorstand ein Anfangsgehalt von M. 2000 im Jahre durchaus nicht für zu hoch, schlägt aber unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sich jeder Bezirksleiter erst einzuarbeiten muß, vor, das Gehalt für diese Beamten mit M. 160 pro Monat im ersten Jahre beginnen zu lassen, bei der Anstellung nach Ablauf dieses Jahres auf M. 180 pro Monat zu normiren und von da an eine monatliche Steigerung des Gehaltes um M. 5 bis zum Höchstbetrage von M. 3000 pro Jahr in Aussicht zu nehmen. Außerdem wären diese Beamten sicher zu stellen gegen Krankheit und Unfälle, die ihnen während ihrer Thätigkeit zustoßen, und auch gegen die Schäden der Invalidität und des Alters. Eine derartige Regelung, wie sie von uns vorgeschlagen ist, würde sowohl den Zielen unserer Organisation entsprechen, als auch die Gewähr dafür bieten, einen Stab von tüchtigen und schaffensfreudigen Beamten heranzuziehen, zum Vortheile unseres Verbandes.“

Ein weiterer Antrag des Vorstandes handelt sich um ein Pensionsstatut für die Angestellten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Dem beantragten Statut entsprechend soll für alle Beamten nach neunjähriger Dienstzeit ein Ruhegehalt von M. 600 pro Jahr gezahlt werden. Es steigert sich mit der Dauer der Dienstzeit um jährlich M. 60 bis zu einem Höchstbetrage von M. 1800.“

Diese Vorschläge, die jeder Unbefangene für sehr vernünftig erklären muß, sofern er von ihrer Durchführbarkeit überzeugt ist, haben einen Sturm der Entrüstung erregt. Den Vogel schießt in dieser Beziehung das Mitglied Max Kern in Mederau ab, der in der „Metallarbeiterzeitung“ Folgendes schreibt:

„Anstatt in jedem Mitgliede einen Vorstand, Vertrauensmann und Agitator heranzubilden, will man einfach den dummen Haufen bei Seite schieben und zahlen lassen, will man Bezirksleiter einstellen, an deren Stelle jedes andere Mitglied steht und zu stehen hat, und warum dies Alles? Nur um den Herren in Stuttgart ihre rechtmäßige und bezahlte Arbeit abzunehmen und den Verantwortlichkeitsbudel etwas zu vergrößern resp. zu erleichtern. . . . Es ist eine große Unberfrorenheit, wenn nicht sogar ein Attentat auf den Geldbeutel der Mitglieder und ihre Arbeitskraft. . . . Ja, aber die Krone wird dem Ding erst aufgesetzt in der Pensionirung dieser Herren; man denke: wir, die wir oft elendig zu kämpfen haben für unsere Familien, wir, die wir oft bei angestrengter Arbeit unser Leben für unsere Idee hingeben, wir sollen auch noch unsere Schwelgepfennige für derartige Hirngespinnste opfern. Ein Pfund über ein derartiges Verlangen; so hauen uns ja die Fabrikanten nicht über's Ohr. . . . Wer garantirt denn uns einen solchen Verdienst (Anfangsgehalt M. 2000, nach Jahren zu erreichendes Höchstgehalt M. 3000) und wer pensionirt denn uns? . . . Ich muß mir doch sagen, ich zwade mir kein Geld ab, um Anderen ein sorgenfreies Leben zu sichern, und ich habe das Zusehen, wie man mein Geld vergeudet.“

Diese drastische, leidenschaftliche Kampfesweise ist typisch für weitere Kreise; sie tritt jedes Mal in die Erscheinung, wenn es sich um eine Verbesserung der Lebenslage der Beamten einer Arbeiterorganisation handelt. Soll das Gehalt erhöht werden, so heißt es sofort: „Wer erhöht unseren Lohn?“ Sollen Ferien eingeführt werden, so fragt man: „Wer giebt uns Ferien?“ und soll gar eine Pensionsberechtigung eingeführt werden, so erschallt es rings im Chor: „Uns pensionirt auch Niemand; wir werden einfach auf's Pfaster geworfen, wenn wir unbrauchbar geworden sind“. Mit anderen Worten heißt das: „Weshalb sollen wir unseren Beamten anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen, während wir selbst es viel schlechter haben?“ Daß eine solche Redeweise unlogisch, ungerecht und taktisch verkehrt ist, läßt sich leicht nachweisen.

Was würde eine Arbeitergruppe dazu sagen, wenn ein Unternehmer — es kommt dies gar nicht selten vor — die geforderten Lohn- und Arbeitsbedingungen verweigern wollte mit der Begründung, daß er selbst zu schlecht gestellt sei, um sie bewilligen zu können? Würden die Arbeiter nicht erwidern: „Was kümmert uns das? Da stehe Du zu! Wir wollen nicht deshalb zu einer niedrigen Lebenshaltung verdammt bleiben, weil Du zu „arm“ bist, um unsere gerechten Forderungen zu erfüllen.“ Oder was würde man von einem Staate sagen, der seine Beamten nicht ausreichend entlohnt, weil es ihm an Geld mangelt? Hätte man nicht Urfache, ihm zuzurufen, er möge keine Beamten anstellen, wenn er sie nicht ordentlich bezahlen könne? Gerade so liegt es mit einer Arbeiterorganisation, die sich Beamte hält. Hier giebt es nur ein Entweder — Oder. Entweder man ist zu arm, und dann verzichtet man darauf, Beamte anzustellen, oder aber man stellt Beamte an und besoldet sie dann auch anständig.

Des Weiteren ist es eine Ungerechtigkeits, die Angestellten einer Arbeiterorganisation, von denen man Pflächterfüllung und Arbeitsseifer verlangt, mit schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen abspesen zu wollen. Man fordert von ihnen, daß sie die Interessen ihrer Kollegen dienlich und außerdienlich wahren und fördern sollen, daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellen, und dann weigert man sich, sie anständig zu bezahlen. Gewiß, die Arbeiterbewegung stellt hohe Anforderungen an den Idealismus und die Opferwilligkeit des Einzelnen, und auch die Beamten müssen diese Tugenden üben, aber es hieße Unbilliges verlangen, diese Anforderungen zu hoch zu spannen. Mancher tüchtige Genosse hat sich zu viel zugemuthet und darum materiell und moralisch Schiffbruch gelitten — soll es denn immer so bleiben? Zum Glück fängt man neuerdings an, auch den Angestellten der Arbeiter anständige Gehälter zu zahlen. Natürlich nicht Ministergehälter, wie es bei Unternehmerorganisationen der Fall, aber doch solche, die ein halbwegs anständiges Auskommen ermöglichen. Und es ist gut so, daß endlich mit dem Grundsatz gebrochen wird, den Angestellten alle möglichen Arbeiten aufzuhalsen und ihnen ihren Lohn zu reichen, als sei dies eine unbediente Wohlthat. Allerdings jagen sich die Gehälter der Arbeiterbeamten aus Arbeiter

großen zusammen, aber auch die Gehälter der Staatsbeamten und die Einnahmen der Fürsten bestehen in letzter Linie aus Arbeitergroßchen — doch soll man nicht vergessen, daß die Arbeiterbeamten nichts geschenkt bekommen, sondern christliche Arbeit dafür leisten.

Endlich drittens ist die Pfennigtauererei auch taktisch verkehrt, da sie die Heranbildung eines intelligenten, geschickten Stabes von Beamten verhindert und viele tüchtige Kräfte abschreckt. Ein Mensch, der sich seines Könnens bewußt ist und ein feines Gefühl hat, wird sich in vielen Fällen bedenken, einen besoldeten Posten in einer Organisation anzunehmen, wenn er dabei Gefahr läuft, daß man ihm bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mehr oder minder verblümt zu verstehen giebt: „Du lebst von unseren Groschen!“ Daß hierdurch die Arbeitsfreudigkeit der Beamten gelähmt und viel Erbitterung erzeugt wird, sei nur nebenbei erwähnt. Auch macht es ohne Zweifel nach außen hin einen schlechten Eindruck, wenn die Arbeiter dort, wo sie als Arbeitgeber auftreten, allzu sehr den Ausbeuter spielen und rein kapitalistisch vorgehen; viel besser erscheint es, vorbildlich zu wirken und dem Unternehmertum zu zeigen, was einem Angestellten zukommt.

Das wären in kurzen Zügen meine Ansichten zu dieser Frage. Ich weiß nicht, ob es notwendig sein wird, noch ausdrücklich zu erklären, daß mir hierbei jedes persönliche Interesse fern liegt.

Die Gewerbe-Inspektion in Hessen im Jahre 1900.

Der Jahresbericht der hessischen Gewerbe-Inspektion für das Jahr 1900 hat gegen den des Vorjahres bedeutende Änderungen erfahren. Zunächst sind die Berichte der vier Inspektionsbezirke, die früher als selbstständige Arbeiten nebeneinander vorgelegt wurden, in einen zusammengearbeitet worden. Damit ist sein Umfang bedeutend eingeschränkt worden, denn der neueste Bericht umfaßt nur 109 Seiten, wovon noch 50 Seiten auf Tabellenwert entfallen, während der frühere Bericht 381 Seiten stark war. Es ist fraglich, ob mit einer solchen Behandlung der Jahresberichte den Interessen der Gewerbeaufsicht sonderlich gebient ist, wenn wir auch anerkennen wollen, daß die bessere Gestaltung der Statistik und die durch Zusammenfassung aller vier Berichte in einen ermöglichte größere Uebersichtlichkeit und die damit erzielte Vermeidung von Wiederholungen Verbesserungen gegen früher bedeuten.

Im Allgemeinen betrachtet, hat man an dem Berichte sehr viel Freude, spricht aus ihm doch soziales Verständnis und eine ernste Auffassung der der Gewerbeaufsicht gesetzten Pflichten heraus. Das heißt wenig.

Die Aufsichtstätigkeit wurde ausgeübt von 4 Gewerbe-Inspektoren, die in Darmstadt, Offenbach, Sieben und Mainz ihren Sitz haben und denen 2 Assistenten und 2 Assistentinnen beigegeben sind. Die Zahl der zu beaufsichtigenden Betriebe stieg von 4116 in 1899 auf 4302 im Jahre 1900. In diesen Betrieben waren 85 316 Arbeiter beschäftigt, gegen 81 348 im Vorjahr. Die Revision erstreckte sich nur auf 1619 Anlagen, gleich 37,6 pZt., mit 47 232 Arbeitern, gegen 1552 mit 48 538 Arbeitern im Vorjahr. Aus den Zahlen geht schon zur Genüge hervor, daß noch viel zu thun übrig bleibt, ehe von einer idealen Durchführung der Inspektion in Hessen die Rede sein kann. Immerhin ist die Verhältniszahl, betrachtet gegen die Resultate in anderen Staaten, nicht ungünstig. Unter den heutigen Verhältnissen, wo das Zurückbleiben der Sozialreform an der Tagesordnung ist, muß man mit solchen Ergebnissen schon zufrieden sein. Aufgabe der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, deren Initiative bisher die Verbesserungen in der hessischen Gewerbeaufsicht zu verdanken ist, muß es jedenfalls sein, unter Hinweis auf die ungenügenden Revisionsziffern erneut auf eine weitere Vermehrung des Aufsichtspersonals zu drängen, insonderheit wird sie ihren früher schon gestellten Antrag, den Fabrikinspektoren Hülfskräfte aus dem Arbeiterstande beigegeben, jetzt mit guten Gründen wiederholen können.

Ueber den Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern werden Angaben gemacht, die der ethischen Wirksamkeit der Organisationen und dem Charakter der organisierten Arbeiterschaft nur zur Ehre gereichen können. Von Mainz wird berichtet, „daß das Aufsuchen des Beamten durch Arbeiter stetig zugenommen hat, und nicht nur die Vertrauensleute auf das Amtszimmer der Gewerbe-Inspektion kommen, sondern auch die beschwerdeführenden Arbeiter selbst. Der früher so beliebte Weg, Mißstände durch Zuschriften ohne Unterschriften zur Kenntnis des Aufsichtsbeamten zu bringen, ist mehr und mehr verlassen worden, und es gehen jetzt die Schriftstücke mit der Unterschrift eines Vertrauensmannes ein. In Sieben haben die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter beschlossen, der Gewerbe-Inspektor zu denjenigen Versammlungen einzuladen, in denen Mißstände in Gewerbebetrieben oder gesetzliche Bestimmungen besprochen werden sollen. Unverkennbar wird der Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern gefördert und erleichtert, wenn dieselben organisiert sind“, sagt der Beamte. In Offenbach sind nur seitens des Gewerkschaftsvereins Besprechungen angefaßt worden, die mit den Beamten in Verbindung treten. Die anderen Organisationen, so moment-

lich die seit Anfang des Berichtsjahres bestehende christliche Gewerkschaft, haben bis jetzt Mittelspersonen nicht namhaft gemacht — auch ein Beweis, wie dilettantenhaft die Herren Christlichen ihre Aufgabe auffassen. Derselbe Beamte stellt den Vertrauensleuten unserer Organisation ein gutes Zeugniß aus, indem er sagt:

„Die von den Vertrauensleuten . . . vorgebrachten Beschwerden zeichnen sich durch Sachlichkeit aus; es ist anzunehmen, daß dieselben, bevor sie den Beamten vorgebracht wurden, von den Vertrauensleuten einer Prüfung unterzogen wurden. Auch wurden seitens derselben, sowie von dem Vorstand des Gewerkschaftsvereins, dem Beamten Auskünfte gern und mit Sachkenntnis erteilt.“

Der Verth der Aufsichtstätigkeit weiblicher Beamten erfährt eine sehr verschiedene Beurtheilung. Die Beamten für Sieben und Mainz berichten, „daß die Assistentin nur wenig Sympathieen begegnet und ihre Stellung zu den Arbeitgebern sich recht unangenehm gestaltet.“ „Die meisten Arbeitgeber erachteten die Einführung weiblicher Beamten für völlig überflüssig. Die Scheu der Arbeiterinnen gegenüber der Assistentin ist ebenso groß, wie gegenüber den männlichen Beamten, und in einem Falle nahm sogar eine verheiratete Arbeiterin, als familiäre Fragen berührt wurden, daran Anstoß, daß die Beamtin selbst keine Frau ist. Die der Assistentin vorgebrachten Beschwerden waren auch stets derart, daß sie ohne jedes Bedenken einem männlichen Beamten anvertraut werden konnten.“ Dem gegenüber betont der Aufsichtsbeamte für Offenbach,

„daß der Verkehr der Arbeiterinnen mit der Assistentin sich sehr gehoben hat, wozu deren Kenntniß von Personen und Gewerben, die aus ihrer dienstlichen Thätigkeit entspringt, wesentlich beitrug.“

Auch der Beamte für Darmstadt berichtet: „daß sich die Thätigkeit der Assistentin im Berichtsjahre wieder als nützlich erwiesen hat. Die Stellung der Assistentin den Arbeitgebern gegenüber sei zwar eine schwieriger als die der männlichen Beamten, das Mißtrauen der Arbeitgeber in die Thätigkeit der Assistentin größer als bei den männlichen Beamten, doch sei dieses Mißtrauen im Rückgang begriffen und nur noch wenige Arbeitgeber seien schroff und zurückhaltend bei Revisionen der Betriebe durch die Assistentin.“

Die geringen Erfolge der weiblichen Beamten, besonders in Mainz, mögen wohl zumeist auf das geringere Interesse der Arbeiterinnen auf die sie berührenden Fragen zurückzuführen sein. Sagt doch der Mainzer Beamte an anderer Stelle:

„Aus den Erörterungen mit den Arbeitern aber geht hervor, daß wohl die männlichen Arbeiter, besonders die organisierten, das rechte Verständnis für die Gewerbe-Aufsicht zeigen, die Arbeiterinnen dagegen sich noch in ihrer Mehrheit theilnahmlos verhalten. Trotzdem sich die Assistentin viele Mühe gegeben hat, die Arbeiterinnen für sie berührende Fragen zu interessieren, war leider ein Erfolg in keiner Weise zu erblicken.“

Uebrigens ist keineswegs ausgeschlossen, daß die ungünstigen Ergebnisse in Mainz und Sieben auf ungenügende Befugung des Assistentinnenpostens zurückzuführen sind, oder daß eine Abneigung der fraglichen Inspektoren gegen das Institut der weiblichen Hülfskräfte diese zu einem ungünstigen Urtheil geführt hat. Denn eigenhümlich erscheint es immerhin, daß von Offenbach und Darmstadt, dem Thätigkeitsfeld ein und derselben Assistentin, bessere Ergebnisse vorliegen.

An jugendlichen Arbeitern waren im Berichtsjahre in 1633 Anlagen 7035 beschäftigt, das sind 8,2 pZt. aller beschäftigten Arbeiter. Außerdem waren 90 Kinder unter 14 Jahren beschäftigt, die aber zum Schulbesuch nicht mehr verpflichtet waren. Es ist bemerkenswerth, daß von den 1633 Anlagen, in denen jugendliche Arbeiter beschäftigt waren, in 430 Zuwiderhandlungen gegen Jugendschutzgesetze und -Verordnungen festgestellt wurden. Allerdings ist ein großer Theil der Vergehen nur formeller Art; so betreffen 378 Zuwiderhandlungen die Arbeitsbücher, 229 die Lohnbücher, 326 die Ausgänge u., doch werden auch 64 bezw. 155 Uebertretungen der Bestimmungen, betr. Arbeitszeit der Kinder bezw. der jugendlichen Arbeiter, 106 Uebertretungen der Bestimmungen, betr. Pausen, 8 betr. Nacharbeit, 20 betr. Sonntagsarbeit festgestellt. Diese Zahlen charakterisiren wohl am Besten die Gewissenhaftigkeit eines großen Theiles der Unternehmer, wie es charakteristisch ist für unsere Rechtsprechung, daß von den 430 Unternehmern, in deren Betrieben Jugendschutzvergehen ermittelt worden sind, nur 47 bestraft wurden. Und wie werden die Unternehmer zum Theil bestraft! So wurden die 3 Affordanten einer Felsziegelei, die 5 junge Jungen und ein Mädchen, sämmtlich zwischen 14 und 16 Jahren, täglich bis zu 16½ Stunden in Arbeit gehalten, und zwar in der Zeit von 3½ Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends, wobei eine Mittagspause von zuweilen kaum 20 Minuten gewährt wurde, zu Strafen von je M. 10 verurtheilt. Das ist eine Strafe, die bei solchen Unternehmern gewiß nicht bessernd wirkt. Auch die Arbeiter stehen dem Jugendschutz sehr oft feindlich gegenüber. Der Grund dieser unsozialen Haltung liegt in der schlechten Lebenshaltung der Arbeiter, die diese zwingt, ihre Kinder schon frühzeitig zum Erwerb heranzuziehen und der Ausbeutung zu überantworten. Dafür ein Beispiel: In einer Schachtel-fabrik waren 12 schulpflichtige Kinder ihren Müttern, die in derselben Fabrik arbeiteten, behilflich. Die Mutter zeigte sich sehr aufgeregt und entrüstet über das Verbot der Kinderbeschäftigung in der Fabrik, da eine Frau ohne Hilfe der

Kinder es höchstens auf einen Verdienst von M. 1, mit Hilfe von 2 bis 3 Kindern auf M. 1,80 pro Tag bringen kann. Jetzt machen die Kinder zu Hause die Schachteldeckel, die Mutter und erwachsenen Geschwister die Schachteln in der Fabrik fertig.“ Dieser Fall beweist, wie niedrig die Arbeitsverdienste vieler Arbeiter sind, aber auch, wie notwendig die Ausdehnung der Jugendschutzbestimmungen wie auch der Gewerbeaufsicht auf die Heimarbeit ist. Dieser Fall von Kinderbeschäftigung steht übrigens nicht vereinzelt da. In den Berichten wird selbst gesagt: „Kinder werden auch noch mancherorts in den Ziegeleien von den Eltern an den freien Nachmittagen zum Steintragen benutzt; diese können es einmal nicht begreifen, daß sie besonders als Vorarbeiter und Tischmacher nicht dazu berechtigt sein sollten, über ihre Kinder nach ihrem Gutdünken zu verfügen.“

In dem Siebener Bericht werden auch interessante Angaben über die dort übliche Lehrlingszüchtereie gemacht. In 17 Betrieben der Metallverarbeitung wurden auf 104 ausgebildete Arbeiter 94 Lehrlinge gezählt. Interessant ist übrigens, daß auch in der „Königl. Preussischen und Großherzogtl. Hessischen“ Eisenbahn-Reparaturwerkstätte nicht weniger als 17 Lehrlinge beschäftigt sind, denen ein Lehrmeister vorsteht.

An Arbeiterinnen waren im Berichtsjahre 13 427 beschäftigt, das sind 15,7 pZt. aller Arbeiter. Der Bericht weist eine interessante Statistik über das Alter der 3676 beschäftigten Frauen auf, nach der allein 428 Frauen im Alter von 50 bis 65 Jahren, 40 Frauen im Alter von über 65 Jahren in Fabriken beschäftigt sind. Aus 204 Anlagen werden Arbeiterinnenjuchbergehen gemeldet, doch nur 15 Personen wurden dieserhalb bestraft. Auch hier wird von geringen Strafen berichtet, allerdings auch von einer empfindlicheren Bestrafung zweier Zigarrenfabrikanten, die wegen fortgesetzter Uebertretung der Bestimmungen über die gesetzliche Arbeitszeit erwachsener und jugendlicher Arbeiter zu je M. 260 verurtheilt wurden. Als besonders gesundheitschädlich für Arbeiterinnen wird aus dem Aufsichtsbezirk Darmstadt die Beschäftigung in Habernfortiranstalten und Hafensellzuchtereien bezeichnet, da dieselbe infolge der Staubeentwicklung sehr häufig zu Erkrankungen der Athmungsorgane führt.

Uebertretungen des § 115 der Gewerbeordnung (betreffend Trunksucht) kommen immer noch sehr häufig in den Steinbrüchen des Kreises Heppenheim und den Ziegeleien des Aufsichtsbereichs Mainz vor. Drei Steinbruchunternehmer wurden dieserhalb in Strafen von je M. 10 genommen, ein anderer Ziegeleiunternehmer bei Darmstadt, der seinen Arbeitern nach Aussage von Nachbarn fortgesetzt in der mit der Ziegelei verbundenen Wirtschaft ohne behördliche Genehmigung ausgezahlt und Getränke und Speisen entgegen den gesetzlichen Bestimmungen an sie verabreicht haben sollte, konnte Mangels Beweises nicht gefaßt werden. Auch sonst wird es mit den gesetzlichen Bestimmungen seitens der Unternehmer nicht sonderlich genau genommen. Wie sehr sich verschiedene Unternehmer überhaupt den Aufsichtsbeamten gegenüber auf ein gewisses Recht versteifen, die Bestimmungen der Gewerbeordnung zu ignoriren und den Bestrebungen der Beamten auf Anerkennung derselben entgegen zu treten, beweist folgende Stelle des Berichts:

Mehrere Unternehmer solcher und neuerer Steinbruchanlagen zeigten sich erstaunt, als die revidirenden Beamten sie mündlich und schriftlich auf Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften der G.-O., mit dem Ersuchen um Abstellung derselben, aufmerksam machten. Einzelne konnten es z. B. garnicht begreiflich finden, daß für die Winterzeit in abgelegenen Steinbrüchen für eine größere Anzahl Arbeiter ein heizbares Unterkunftsraum verlangt wurde, und es bedurfte miinuter der Androhung von Zwangsmaßnahmen seitens der zuständigen Verwaltungsbehörden, sie zur Erfüllung ihrer Pflicht zu bewegen.“

Wir wollen diese Erörterungen nicht schließen, ohne noch auf folgenden Fall von Beanstandung einer Arbeitsordnung, der auch für die Kollegen unseres Berufs von Interesse ist, anzuführen. In einer älteren Arbeitsordnung fand sich die Vereinbarung, daß die neu eintretenden Arbeiter sich einer freien Hülfskasse anzuschließen haben. Diese Bestimmung muß als dem § 80 des Krankenversicherungsgesetzes zuwiderlaufend, gestrichen werden, ebenso wie eine Bestimmung einer anderen Arbeitsordnung, die forderte, daß alle Arbeiter, auch diejenigen, die bereits einer dem § 75 desselben Gesetzes genügenden Kasse angehören, in eine neu zu gründende Fabrikkrankenkasse eintreten müßten, als dem § 63 des K.-V.-G. zuwiderlaufend gestrichen werden mußte.

Am 1. Oktober 1900 waren im Großherzogthum Hessen nach den Berichten der Gewerbeinspektoren beschäftigt:

Aufsichtsbezirke	In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe				In den Bürsten- und Pinselmachereien			
	In Fabriken	erwerbende Arbeiter	Arbeiter, die nicht erwerbend sind	Jugendliche Arbeiter m. w.	In Fabriken	erwerbende Arbeiter	Arbeiter, die nicht erwerbend sind	Jugendliche Arbeiter m. w.
Darmstadt . . .	145	1689	156	163	45	2	3	—
Offenbach . . .	84	1132	101	68	24	5	10	—
Siegen	108	1047	48	88	5	3	4	1
Mainz	112	1695	179	93	16	6	14	1
Großherzogth.	449	5563	484	310	90	16	31	3

Waren in der Holzindustrie somit 6447 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, so wurden doch nur Betriebe mit 3118 Arbeitern, demnach noch nicht einmal mit der Hälfte der Arbeiter reibdirt. Noch ungünstiger liegt das Verhältnis in der Bürsten- und Pinselindustrie, die wegen der Milzbrandgefahren eine ganz spezielle Aufsicht verdienen würde; während 86 Arbeiter zc. in diesen Betrieben tätig waren, haben sich die Inspektoren bloß um die Verhältnisse von zweien bekümmert. Festzustellen und zu untersuchen gäbe es so Manches, speziell in der Holzindustrie; kommen doch sehr schwere Unfälle und Übertretungen der Sonntagsruhe genug vor. So berichten die Aufsichtsbeamten: „Der Besitzer einer Möbelschreinerei und der Besitzer einer großen Dampfschreinerei wurden mit je M. 30 bestraft, weil sie einen Teil ihrer Arbeiter an einem Sonntag arbeiten ließen.“ Nach unseren Erfahrungen müssen die beiden Unternehmer es schon recht bössartig getrieben haben, wenn sie endlich mit diesen fürchterlichen Geldstrafen belegt wurden. Wie viele Warnungen und Ermahnungen, Hinweise auf das Gesetz und Strafandrohungen mögen da vorausgegangen sein?

Unheimlich groß sind wieder die Unfallzahlen, die an den Holzbearbeitungsmaschinen festgestellt wurden. So wird von einer Holzschneiderei und Imprägniranstalt des Aufsichtsbereiches Gießen mit 63 Arbeitern berichtet, daß 11 Unfälle, somit auf 1000 Arbeiter berechnet, 208 Unfälle vorkamen. In einem Falle wurde der kleine Finger der linken Hand durch eine herabfallende Eisenbahnschwelle abgedrückt, in einem anderen Falle brach ein Arbeiter das Bein dadurch, daß ein Baumstamm auf das Bein rutschte. Von den 78 Unfällen in der Gruppe der Holz- und Schnitzstoffe, die im Aufsichtsbereich Mainz zur Anzeige kamen, sind 28, also 36 pZt., an Holzbearbeitungsmaschinen zu verzeichnen gewesen, und zwar 8 an Hobel- und Abriechmaschinen, 10 an Kreis- und Bandsägen, an Fräsen. Ueber die Ursachen der Unfälle äußert sich der Bericht folgendermaßen: Man findet immer wieder, daß die Schutzvorrichtungen nicht angebracht sind. „Es geht dies meistens so zu, daß ein Arbeiter wegen besonderer Form seines Arbeitsstückes die Schutzvorrichtung entfernen mußte und der nach ihm Arbeitende es unterläßt, die Schutzvorrichtung vor der Inbetriebnahme der Maschine wieder anzubringen. Gegen einen Arbeitgeber mußte Strafantrag gestellt werden, weil derselbe für seine Holzbearbeitungsmaschinen wohl Schutzvorrichtungen angeschafft hatte, um die Verwendung derselben sich aber weder von ihm selbst, noch von seinem Werkführer gekümmert wurde.“ Sehr beachtenswert ist das, was speziell der Gießener Aufsichtsbeamte zu dieser Frage beibringt: „Die größte Mehrzahl der Fabriken liefert die Maschinen eben zweckentsprechend. Der Empfänger mag sehen, wie er sonstigen behördlichen oder berufsgenossenschaftlichen Vorschriften nachkommt, er mag irgend einen Handwerker oder seine eigenen Leute damit betrauen, die nötigen Schutzvorrichtungen nachträglich anzubringen! Auf besondere Bestellung fertigen die Lieferanten der Maschinen allerdings auch noch gewünschte Schutzvorrichtungen nachträglich an. Es liegt ihnen aber an dieser Arbeit nichts und der Empfänger bekommt obendrein noch eine erhebliche Nachrechnung. . . . Es sollten nicht allein diejenigen verantwortlich für die Betriebssicherheit sein, die Maschinen verwenden, sondern vor allen Dingen sollten die Lieferanten der Maschinen haftbar gemacht werden, da sie in erster Linie Fachleute sind. . . . Den Transmissionsriemen wird in vielen Fabriken im Allgemeinen noch viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Braucht man irgendwo einen Riemenantrieb, so wird gewöhnlich einfach an dem zur Verfügung stehenden eine Welle montiert, womöglich noch durch Winkelräder angetrieben, unbekümmert darum, ob diese Räder oder die Riemen in der Nähe oder über einer Verkehrsstelle liegen.“ Die Entstaubungseinrichtungen für Holzbearbeitungsmaschinen, wird ferner geklagt, werden von den Unternehmern deshalb nur ungern eingerichtet, weil zu dem Transport der Spähne eine unverhältnismäßig große Kraft gehört.

Eine Korbmacher-Konferenz,

der 40 Delegierte aus den Orten Fürstberg, Neuzelle, Guben, sowie der Gauvorsteher Stusche (Berlin) antwohnten, tagte am 12. Mai in Neuzelle. Die Tagesordnung lautete: „Welche Maßnahmen ergreifen wir, um die Lage der Korbmacher in hiesiger Gegend zu bessern?“ Kollege Stusche führte aus, daß nur eine gute Organisation im Stande sei, hier Besserung zu schaffen. Redner beleuchtete die Hausindustrie, die unerhörte Lehrlingsausbeutung und die Gleichgültigkeit, mit welcher die Korbmacher bisher zusehen. Man solle aber nicht glauben, daß in dem Augenblick, wo die Korbmacher anfangen, sich zu organisieren, mit einem Male bessere Verhältnisse geschaffen werden könnten, dieses sei erst nach und nach möglich. In welchen traurigen Verhältnissen die Korbmacher leben, werde die unter denselben aufgenommene Statistik beweisen, welche vom Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes in nächster Zeit veröffentlicht würde. Da sich die Hausindustrie, ähnlich wie in Lichtensfeld, Koburg und Michelau, einzubürgern scheine, so herrsche im Gewerbe eine arge Schmutzkonkurrenz. Dies Alles zu beseitigen müsse Aufgabe der Arbeiter und deren Organisation sein. Zum Schluß seiner Ausführungen machte Stusche den Vorschlag, in kurzer Zeit wieder eine Konferenz abzuhalten und die Meister der hiesigen Gegend dazu einzuladen und mit ihnen gemeinschaftlich zu verhandeln, denn in einen Lohnkampf mit einer ungeschulten Masse einzutreten, müsse man vermeiden. In der Diskussion wurde dieser Vorschlag sehr sympathisch aufgenommen. Zingst-Fürstberg meinte, das übertriebene Lehrlingswesen müsse eingeschränkt werden.

Zu einem Lohnkampf hielt er die Korbmacher noch nicht diszipliniert genug. Berndt-Guben stellt sich auf den Standpunkt des Kollegen Stusche, daß die Meister eingeladen werden und daß, wenn möglich, nur Einheitslohn für die in Betracht kommenden Orte vereinbart werde. Giesel-Fürstberg macht den Vorschlag, für ganz Deutschland eine Korbmacherkonferenz einzuberufen und dort die nötigen Schritte zu thun. Diesem Vorschlag wurde, da verfrüht, nicht zugestimmt. Lehmann-Fürstberg schildert die Schäden der Hausindustrie. Lambla-Guben meint, man solle dafür eintreten, daß den Lehrlingen der gesetzliche Schutz zu Gute komme und daß die Meister, welche ihre Lehrlinge Sonntags beschäftigen, einfach bestraft werden.

Als noch einige Redner sich im Sinne des Kollegen Stusche ausgesprochen hatten, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung wolle beschließen, daß in angemessener Zeit wieder eine Versammlung der Korbmacher aus Guben, Neuzelle und Fürstberg anberaumt wird, um unter den Kollegen die nötige Klarheit zu schaffen und für eine straffe Organisation zu wirken. Die Arbeitgeber sollen, da für die hiesige Gegend ein Einheitslohn erwünscht ist, eingeladen werden.“

Den Tag zu bestimmen, an welchem die nächste Versammlung stattfinden soll, wurde dem Bureau überlassen. In seinem Schlußwort appelliert Kollege Stusche an die Anwesenden, tüchtig für den deutschen Holzarbeiterverband zu agitieren, damit auch für die „Ärmsten der Armen“ eine bessere Zeit heranzieht.

Rundschau.

Das Zwangsinningsspielen kostet Geld. Die Macher der Handwerkskammer haben einen schweren Stand. Sie haben jetzt die Zwangsinnungen und haben auch die vielgepriesenen Handwerkskammern, aber — das Vergnügen kostet Geld. Da sind die Macher nun an der Arbeit, um die hohen Unterhaltungskosten dieser ihrer Lieblingsinstitute zusammen zu bringen. Die Handwerker in ihrer großen Mehrheit sind so arm wie Job; am allerwenigsten sind sie aber im Stande, für Einrichtungen enorme Mittel aufzubringen, in die man sie zwangsweise getrieben hat. Daher die uns sehr begründliche Erscheinung, daß unzählige Zwangsinnungen aller Gewerbe sich wieder auflösen. Wo dies nicht immer möglich ist, sucht man dann nach zahlungsfähigen „Mitgliedern“, mögen sie herkommen wo sie wollen. So sind in letzter Zeit mehrfach Fabrikanten und auch Bauunternehmer zwangsweise zu Handwerkern gestempelt, nur damit sie zu den Kosten des Innungsrummels herangezogen werden können. So ist z. B. in einem Ort der Provinz Posen ein Bauunternehmer, der neben der Zimmererei auch eine Tischlerei unterhält, der Tischler- und Drechsler-Zwangsinnung als beitragspflichtig erklärt worden. Die Handwerkskammer hatte ein Gutachten dahin abgegeben, daß der Bauunternehmer die Tischlerei in größerem Umfange betriebe als die Zimmererei (von einigen Ausnahmen abgesehen) und er deshalb der Tischler- und Drechslerinnung beitragspflichtig sei. Diesem Gutachten hat sich der Regierungspräsident der Provinz Posen und der Magistrat des fraglichen Ortes angeschlossen, jedenfalls gestützt auf § 100 Abs. 4 des Handwerkergesetzes. Wenn man bedenkt, daß die Kosten, welche der Innungsrummel erfordert, zu den Leistungen und den angeblichen Wohlthaten für die Handwerker in ganz und gar keinem Verhältnis stehen, dann braucht man sich über die Abneigung nicht zu wundern, die bei Tausenden von Handwerkern offensichtlich ist. Von M. 84200, welche die Handwerkskammer des Düsseldorf-Regierungsbezirks in einem Jahre vermöbelte, entfallen allein M. 58000 auf Verwaltungsausgaben! Das sagt Alles.

Gegen die Lehrlingszuchterei wendet sich die Handelskammer Liegnitz in einem Rundschreiben an die Innungen ihres Bezirks, in dem ausgeführt wird, daß in manchen Handwerken (u. A. in der Schlosserei) Lehrlinge in einer Anzahl beschäftigt würden, die zu Bedenken Veranlassung geben, ob die Lehrlinge eine entsprechend gute Ausbildung erfahren. Die Kammer wolle es einstweilen noch darauf ankommen lassen, inwieweit die persönliche Tüchtigkeit des Meisters in einzelnen Fällen auch für eine größere Anzahl von Lehrlingen ausreiche. Auch fordert sie die Innungen auf, ihr besonderes Augenmerk auf die Lehrlingszucht zu richten. Soweit dies erfolglos sein sollte, werde sie die zulässige Zahl von Lehrlingen auf Grund des § 130 der Gewerbeordnung bestimmen.

Es ist hohe Zeit, daß der Lehrlingszuchterei einmal nachdrücklich entgegengetrieben wird.

Gegen die paritätischen Arbeitsnachweise, deren obligatorische Errichtung durch die Gemeinden der bekannte Antrag Rösche herbeizuführen beabsichtigt, wendet sich eine Denkschrift der Hamburger Handelskammer. Wenn sich die Industrie, so heißt es dort, gegen solche Nachweise verwahre, so strebe sie keineswegs eine Nachstellung an, sondern kämpfe für ihr Bestehen. Die Einführung jener Maßnahme würde nur der Anfang einer Entwicklung sein, welche die Industrie unbedingt gänzlich der Sozialdemokratie überliefern müsse. Die Hamburger Handelskammer führt dazu weiter aus, daß der paritätische Arbeitsnachweis nicht würde umhin können, in dem Kampfe die Interessen einer Partei zu ergreifen und daß bei einem Arbeitsnachweis von der Art des Antrags Rösche diese Parteinahme stets zu Ungunsten der Arbeitgeber ausfallen würde.

Um was es den Herren in Wirklichkeit zu thun ist, kann nicht zweifelhaft sein, sie führen den Kampf um die Aufrechterhaltung des absoluten Herrtums in der Fabrik, das sie durch den paritätischen Arbeitsnachweis gefährdet glauben. Gegen Feyer, Agitatoren und Vertrauensbrüchige sich durch geeignete Mittheilungen gegenseitig zu schützen, sei ein gutes Recht der Arbeitgeber und namentlich hinsichtlich des Vertragsbruchs habe der Nachweis der Arbeitgeber gute erzieherische Ergebnisse geliefert. Es bleibt bestimmt zu hoffen, so schließt der Bericht, daß falls der Reichstag den neuerlich von übereifrigen Sozialpolitikern betriebenen Begünstigungs- und Vermittelungszwang für Arbeitsnachweise, Gewerbegerichte zc. wirklich gesehwinden sollte, die verbündeten Regierungen unter keinen Umständen diese weiteren gesetzgeberischen Experimente zulassen werden.

Ein Vorurtheil gegen organisierte Arbeiter enthält ein Beschluß des Amtsgerichts zu Leipzig, der kürzlich dem

Töpfer Th. zuzuging, der unter außergewöhnlichen Umständen wegen angeblicher Verleumdung Arbeitswilliger zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt worden war. Dem Urtheil folgte auch bald die Aufforderung zum Strafantritt. Diese beantwortete Th. mit einem Gesuch um Aufschub, das er damit begründete, er sei den ganzen Winter arbeitslos gewesen und in Noth gerathen; man möge ihn daher nicht aus der Beschäftigung reißen, sondern ihm gestatten, die Strafe in der schlechten Geschäftszeit abzuhängen. Darauf erfolgte der erwähnte Gerichtsbeschuß, der folgendermaßen lautet:

Das Gesuch um Strafaufschub wird abgelehnt, da die Zeit, bis auf welche er begehrt wird, zu unbestimmt angegeben, das Gericht übrigens nicht befugt ist, einen längeren als viermonatlichen Strafaufschub zu bewilligen (§ 488 St.-P.-O.), auch, weil Antragsteller wegen Beschimpfung Arbeitswilliger verurtheilt ist, die Annahme begründet erscheint, daß er die von ihm behauptete Arbeitslosigkeit durch eigene Verschuldung herbeigeführt hat.

Königliches Amtsgericht Leipzig.
Rörner.

Daß ein Gericht selbst bezüglich einer Zeit, wo neun Zehntel der Töpfer arbeitslos waren, ohne jeden bestimmten Anlaß von einer selbst verschuldeten Arbeitslosigkeit ausgehen kann, kennzeichnet so treffend den Geist unter den sächsischen Richtern, daß ein Kommentar überflüssig wird.

Wess' Brot ich ess', dess' Lied ich sing', nach diesem Grundsatz handelte augenscheinlich der Arbeiterausschuß der kaiserlichen Werft in Kiel, als er an die von ihm vertretenen Arbeiter folgende Kundmachung erließ:

„Werftarbeiter! Wie Ihr wißt, begrüßt man Seine Majestät den Kaiser auf offener Straße durch „Hurrahrufen“. Im Betriebe der Werft erscheint dies nicht als anständig. Gute Sitte und Anstand erfordern es dann aber, daß wir durch Abnehmen der Kopfbedeckung und Stehenbleiben unserem Landesherren ehrfurchtsvoll begegnen.“

Bei der letzten Anwesenheit Sr. Maj. auf der Werft ist nicht nur von unseren Vorgesetzten, sondern auch von unseren Mitarbeitern mit Bedauern bemerkt worden, daß einige Werftarbeiter, welche sich an den Wegen aufgestellt hatten, um unseren Kaiser zu sehen, es verabsäumten, Seine Majestät angemessen zu begrüßen.

Wir bringen dies deshalb zur allgemeinen Kenntniß und bitten um Beachtung für die Folge.

Kiel, den 27. April 1901.

Der Arbeiterausschuß der kaiserlichen Werft.
Süßlich. Engel. Most. Peters.
Preyer. Langbehn. Rinkel. Schwarz.“

Diese höchst sonderbare Bekanntmachung soll, wie die „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ bemerkt, auf Anregung von hiesiger Seite entstanden sein.

Der schwedische Reichstag nahm den Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes im Prinzip an, der, wie es scheint, kaum den bescheidensten Ansprüchen genügt. So soll z. B. die Ersatzpflicht der Unternehmer an den Verletzten erst am 61. Tage nach dem Unfälle beginnen und die Unterstützung nur eine Krone pro Tag betragen, bei völliger Arbeitsunfähigkeit eine Krone von 300 Kronen jährlich bezahlt werden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Peine wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, mit Wirkung vom 1. Mai ab einen lokalen Beitrag von 10 M pro Woche zu erheben. Die Mitglieder in Peine haben demzufolge für die Zeit vom 1. Mai ab bis auf Weiteres einen Wochenbeitrag von insgesammt 35 M zu entrichten.

Stuttgart, 18. Mai 1901.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Asperg. Am 11. Mai fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Beer-Gannstatt referierte; die Versammlung war schlecht besucht, trotzdem nahezu 70 Schreiner am Orte sind. Die Bezahlung dieser Leute ist schlecht, und nun erst die Behandlung! Wegen jeder Kleinigkeit, je nach Laune der Fabrikanten, müssen sie sich Strafen in Form von Lohnabzügen gefallen lassen; leider ist von Organisation keine Rede. Der in Württemberg „wohlbekannte“ Anarchist Klink bringt es fertig, den Leuten hier mit seinen die moderne Arbeiterbewegung beschimpfenden Schriften die Köpfe zu verwirren. Sonst wäre es nicht möglich, daß in obiger Versammlung ein gewisser Strenz vom Holzarbeiterverband als von „preussischer Unterstützungsanstalt“ und von einem fünfständigen Arbeitstag sprechen konnte, wo wir trotzdem nicht einmal einen gesetzlichen Maximalarbeitsstag von 12 Stunden für Männer haben. Daß der Referent und auch der Lokalwirth („Zum Stern“) die Antwort dem Strenz nicht schuldig blieben, ist selbstverständlich. Diese Herren Anarchisten, die in den Städten ob ihrer verrückten Ideen nur verlacht werden, gehen nun auf's Land, um dort die Arbeiter auseinander zu bringen. Sollte sich dieser Klink, der vom Holzarbeiterverband ausgeschlossen wurde, irgendwo sehen lassen, so mögen unsere Kollegen ihm die Thüre weisen.

Augsburg. In einer am 11. Mai stattgefundenen öffentlichen Wagnerehelfenversammlung referierte Kollege Wagnerehelfer aus München über: „Die Lage unseers Handwerks im Allgemeinen und welche Erleichterung bietet uns dasselbe?“ Redner schilderte in trefflicher Weise, wie gerade die Wagnerei früher eines der blühendsten Handwerke (für die Meister! D. Red.) war, mit der Zeit aber durch die modernen Verkehrsmittel, wie Bahnen und dergleichen, verdrängt wurde und heute eines der

zurückgebliebenen Handwerke ist. Der sicherste Beweis hierfür ist, daß die Wagnerer noch zum größten Theile in Händen der Kleingewerbetreibenden sich befindet. Erst in den letzten zehn Jahren haben sich größere Betriebe in der Wagnerer gebildet, in denen auch mehrere verheiratete Kollegen beschäftigt sind. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben sind allgemein günstiger als bei den Kleinwerkstätten. Die Hauptursache an unserer mißlichen Lage ist auf die Gehülfschaft selbst zurückzuführen, da unsere Kollegen meistentheils Alle auf dem Lande erzogen worden sind und darum sehr wenig Verständnis für unsere Organisation haben. Einen kurzen Rückblick auf unsere Lohnbewegung und Ertrungenschaften im vorigen Jahre gab hierauf Kollege Engelhardt. Dank unserem geschlossenen Vorgehen ist es uns gelungen, ohne jeglichen Kampf ganz annehmbare Zugeständnisse zu erhalten. Die Arbeitgeber haben es aber verstanden, bei den zugereisten Kollegen die Löhne wieder auf den früheren niedrigen Stand zurückzubringen. Nicht selten sind Löhne von M. 2,20, 2,30 und 2,40; nur einige ältere Kollegen haben ihre Löhne aufrecht erhalten. Von Seiten der Arbeitgeber wurde zwar an unserer Arbeitszeit nicht gerüttelt, dafür sind es aber unsere Kollegen, die bis Abends 6 Uhr nicht genug bekommen können, sondern immer noch 10 bis 15 Minuten länger schufteten. Nachdem sich noch mehrere Kollegen an der Diskussion betheiligten und der Vorsitzende die Kollegen ermahnte, das mit Mühe Erzwungene in der Krise hoch zu halten und dahin zu wirken, daß wir weiter kommen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Wadnung. Kollege Brenner aus Stuttgart hielt hier einen technischen Vortrag über die Herstellung der Möbel in Stuttgart. Leider machte sich die Interesslosigkeit der Kollegen an dem schlechten Besuche der Versammlung wieder übel bemerkbar, und doch wäre hier Interesse und Einigkeit so dringend notwendig, um Vesserung zu schaffen. Wann werden die hiesigen Kollegen endlich zur Einsicht kommen.

Wochum. Kollege Ahrens aus Berlin sprach in einer am 5. Mai hier stattgefundenen Versammlung über die Feinde der Arbeiterbewegung. Daß die letztere in letzter Zeit bedeutend an Breite und Tiefe zugenommen, läge nicht zum Wenigsten an dem Verhalten der ihr feindlich gegenüber stehenden Parteien. Neben kennzeichnete dann das unverschämte Gebahren der Brotvertheurer und deren Helfershelfer, so u. A. des Arbeiterführers "Giesherls", das unentschlossene Verhalten der Hirschbunder'schen Gewerbetreibenden, und die rührige Thätigkeit der Polizei im Interesse des Unternehmertums. Hier könne nur eine kräftige, geschulte Arbeiterorganisation Abhilfe schaffen.

Wochenem. Wir erhalten folgende Erklärung: Herr Stelzer nimmt in der letzten Nummer der "Holzarbeiter-Zeitung" Gelegenheit, meine Behauptungen als unwahr zu bezeichnen. Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß Herr Stelzer, als ich ihm auf seine Worte: "Ich behandle Jeden in der Weise, wie er mir entgegentritt", erklärte: "Sie regen sich zu leicht auf, Herr Stelzer"; derselbe mir entgegnete: "Wir wären froh, wenn wir das Geschäft los wären, es sind nur Pfennige, die bei den Artikeln verdient werden, ich bin nervös bei der Geschichte geworden, die Leute sollten auch nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen." Ich erwiderte dann: "Die Leute beschweren sich über die Behandlung durch Herrn Kutsche nicht", worauf Herr Kutsche sagte: "Die Naturen sind verschieden!" Bemerkten will ich noch, daß es mir nicht angenehm ist, Details von Gesprächen bei Unterhandlungen bekannt zu geben, denn ich entschuldige es sehr wohl, wenn in der Erregung des Augenblicks ein Wort fällt, das in "ruhigen Zeiten" nicht gesprochen würde. Ich war in diesem Falle jedoch gezwungen, eine Erwiderung zu bringen, nachdem der "Quark" angerührt war. Im Uebrigen erkenne ich gern an, daß die Verhältnisse bei Kutsche & Co. bisher die schlechtesten nicht waren und daß bei den verschiedenen Unterhandlungen, die ich mit den Herren hatte, diese stets Entgegenkommen gezeigt haben, doch sind in der letzten Zeit die Klagen der dort beschäftigten Kollegen, die nichts Unmögliches verlangen, nicht verjümmert. Bei einigermaßen gutem Willen seitens der Fabrikleitung ließe sich dieses "ewige Plänkeln" vermeiden. Hiermit ist die Angelegenheit für mich erledigt. Hannover, den 18. Mai 1901. G. Weder.

Wochensal. Herr W. Jung, Möbelfabrikant von hier hat in seiner Zeitschrift, wie er sagt, "die Hezerei satt, er will Frieden haben". Er begann deshalb damit, einem Mitgliede unseres Verbandes zu kündigen. Die Mitarbeiter desselben erklärten darin eine Maßregelung. Eine Mitgliederversammlung beschloß, falls die Kündigung nicht zurückgenommen wird, sämtliche Mitarbeiter des Genossengeldes die Kündigung einzutragen. Daß Herr Jung aus eigenem Antriebe zu der Kündigung kam, glauben wir nicht; wir beobachteten schon länger, daß ein Aushollege sich auf das Demunzieren berlegt hatte. Herrn Jung wäre zu rathen, daß, wenn er Frieden haben will, er den Hinterträgern kein Gehör schenken, sondern mit seinen Arbeitern frei und offen reden soll, dann wird ebenso Friede sein, wie in der Möbelfabrik von Vannebt & Co., woselbst nur organisierte Gehülfsen beschäftigt sind. Wir wollen hoffen, daß Herr Jung den richtigen Weg einschlägt, um den wünschlichen Hezerei ausfindig zu machen, dann wird er Ruhe und Frieden haben. Vorläufig bitten wir, den Zugang nach hier fern zu halten.

Chemnitz. Der Gaudorfer hatte es sich angelegen sein lassen, eine Agitationsvor für den 10. Mai zu veranstalten. Der Kollege Bauer-Süßrow referirte am 10. d. M. in Plauen i. E. über "Wie läßt sich ein Ausgleich für die gestiegenen Ernährungsbedingungen schaffen?", am 11. in Zwickau über "Unsere Tafel zu Zeiten der Krise", am 12. in Johannsgeorgensstadt über dasselbe Thema, am 13. in Frankenberg über "Warum organisieren wir uns?" und am 14. in Chemnitz über das gleiche Thema wie in Zwickau. Dem unseren Erfolg nach läßt sich der Besuch der Versammlungen in Johannsgeorgensstadt als gut, in Chemnitz und Plauen als befriedigend und in Zwickau als ziemlich gut bezeichnen, während das Resultat in Frankenberg wahrhaft deprimierend zu wirken geeignet war. Wenn bezüglich dieses letzteren Ortes von 70 Kollegen einer Hand 8 Mann organisiert und hier von 4 in der Versammlung anwesend waren und von einer anderen Fabrik mit 50 Kollegen die Beihilfungsmitglieder in denselben Bezirk zu verzeichnen sind, so sind das Resultate, die für das wünschlichste Erkennungsbedürfnis der betreffenden Kollegen ein netz bezeichnendes Zeugnis ablegen. Für uns erwägt aber aus solchen Resultaten aus einem industriell hoch entwickelten Orte und namentlich in Anbetracht der in der letzten Abrechnung konstatarirten Mitgliederabnahme überhaupt zu geringerer Aufmerksamkeit die Frage: Ist was in den letzten materiellen Einrichtungen unseres Verbandes die Gewähr

einer genügenden Anziehungskraft gegeben — und bestgen wir für die propagandistische und agitatorische Ausbeutung unserer Ziele die zweckentsprechende Organisation? Diese Frage ist so wichtig, daß sie der Diskussion in nächster Zeit wohl würdig wäre, weshalb sie hier in Anregung gebracht sei. — In Johannsgeorgensstadt, wo die Versammlung als eine öffentliche Holzarbeiterversammlung angemeldet worden war, lag es in der Absicht des überwachenden Gendarmen, den juwelsächlichen Gesplogeneiten eine neue hinzu zu fügen. Er verlangte nämlich nichts weniger, als daß alle nicht der Holzbranche angehörenden Anwesenden das Lokal verlassen sollten. Erst der Intervention des Referenten und mehrerer Anwesenden gelang es, das Kunststück zu verhindern, den Begriff der Öffentlichkeit auf den Kopf zu stellen. Die Versammlung nahm alsdann einen prächtigen Verlauf.

Frankfurt a. d. O. Wie früher bei der Firma Gerstenberger ist jetzt auch bei der Firma Collath die Theilarbeit zum Nachtheil der Arbeiter und — Konsumenten eingeführt worden. Bei genannter Firma ist nämlich seit Jahresfrist ein früherer Werkführer von Gerstenberger thätig, den die angeblischen Vortheile der Theilarbeit nicht ruhen ließen, bis er sie auch bei Collath eingeführt hatte. Dollin, so heißt der Patentmensch, begann damit, die männlichen Polirer durch weibliche zu ersetzen, indem er Gerstenberger diese abjagte. Dann wurden die Füllungen fournirt und abgeputzt, Keschlätze ausgeschliffen, zugerichtet, welche Arbeit natürlich ungelernete Arbeiter anfertigen müssen; wenn an dabei einmal ein ganzer Posten verdorben wird, schadet nichts, die Arbeitskraft ist ja billig. Diesmal ging es nun daran, den Tischlern das Holz zu schneiden, verleimen und auszuhobeln. Diese Arbeit erforderte nun bei einem guten Mittelarbeiter 2½ Tage mit Maschine. Nun konnte man meinen, da ein solcher im Durchschnitt M. 17 oder 18 verdient, es würden höchstens M. 8 abgezogen. Aber weit gefehlt, gerade das Doppelte, also M. 16 für 8 Spinden. Der Verleiher dagegen bekommt für eine Seite 9 $\frac{1}{2}$, einen Boden 4 $\frac{1}{2}$ für das Verleimen. Die Rechnung können sich die Kollegen selbst machen. Die Arbeiter wurden durch eine Kommission vorkestellt. Herr Collath that ganz erstaunt über die Neueintheilung, verwies sie aber an den Meister, da er davon nichts verstehe. Dieser aber behauptete, daß die Arbeit ganz gut für den Preis zu machen sei. Das wisse er aus Erfahrung. Die Kollegen würden dabei noch mehr verdienen als sonst; was ja nur mit dieser Theilarbeit bezweckt werde. Wie wohlwollend dieser Dollin doch ist, und die Arbeiter verdammt das nicht einzusehen! Die Kollegen wählten nur in einer Werkstatthung nochmals eine Kommission, die zum Theil aus anderen Kollegen bestand. Diese erfuhr aber eine noch schärfere Abweisung, indem Herr Collath zum Schluß erklärte, wer dabei nicht auskomme, müsse eben aufhören. Damit also fiel die arbeiterfreundliche Waise; jetzt wurde einmal nicht gehandelt. Die Kollegen übertragen nunmehr das Weitere ihrer Organisation, der sie von 31 Beschäftigten in der Zahl von 25 angehören, davon 18 über ein Jahr. In Ausföhrung dieses Auftrages sprachen am Sonnabend, den 11. Mai, unser Gaudorfer Kollege Stusche und der Bevollmächtigte unserer Zahlstelle nochmals vor, wurden aber kurzer Hand aus dem Comptoir gewiesen mit dem Bemerkten, Collath habe nicht nötig, mit den Abgesandten zu verhandeln und wolle es auch nicht. Augenblicklich war Herr G. von dem Dollin auf das Kommen berelben vorbereitet und scharfgemacht. — Die an demselben Abend abgehaltene Mitgliederversammlung beschloß, die Sperre über den Betrieb zu verhängen. Wir ersuchen deshalb die Kollegen dringend, Frankfurt a. d. O. unter allen Umständen zu meiden, was ihnen um so leichter fallen wird, da selten in einer Stadt infolge der Jahre langen unverantwortlichen Nachlässigkeit der hiesigen Kollegen die Löhne so gedrückt sind wie hier. Löhne von M. 12, 10 und noch weniger pro Woche sind keine Seltenheiten. Aber nicht allein aus den niedrigen Löhnen, sondern auch aus dem theils sehr minderwertigen und zu Möbelen ungeeigneten Material erklärt sich die alle besseren Produzenten auf diesem Gebiete erdrückende Konkurrenz. Man denke nur, daß es früher für 8 Spinde M. 100 Arbeitslohn gab, jetzt aber nur M. 50 dafür gezahlt werden und das Holz noch herborquillt! Wir bitten dringend, den Zugang nach hier fern zu halten, und es wird dann verhindert werden können, daß die ohnehin äußerst gedrückten Löhne noch magerer werden.

Seringstal. Als am 13. April eine öffentliche Holzarbeiterversammlung beschloß, den 1. Mai zu feiern, war sie überzeugt, daß dieser Beschluß auch mit Nachdruck durchgeführt werden würde. 300 Kollegen hatten sich denn auch am 1. Mai zu einem gemeinschaftlichen Ausflug eingefunden; daß dieser Ausflug bei den Unternehmern keine Sympathie fand, geht daraus hervor, daß 180 der Demonstrierenden bis zum 8. Mai ausgeperrt wurden. Eine Versammlung am 3. Mai nahm eine Resolution an, des Stimmes, ruhig die Zeit bis zum 8. Mai abzuwarten, und falls Kollegen dauernd ausgeperrt werden sollten, für diese solidarisch einzutreten. Wenn die Herrn glauben, uns zu schädigen, d. h. Unzufriedenheit in unserer Organisation hervorzurufen ob des Beschlusses, daß in der ersten Woche keine Streikunterstützung gezahlt wird, so irren sie sich, wir haben im Gegentheil infolge des brutalen Vorgehens der Unternehmer 30 Kollegen als neue Mitglieder gewonnen. Die auswärtigen Stuhlauer, Polirer, Drechsler und Bildhauer ersuchen wir, Seringstal zu meiden, da der Geschäftsgang ein sehr flauer ist. Eine sonderbare Rolle spielte der Fabrikant Schlegel am 1. Mai. Vor diesem Tage war angekündigt worden, daß vom 13. ab wegen Arbeitsmangels nur halbe Tage gearbeitet werden solle. Da lag nichts näher, als die Annahme, daß dem Begleichen von der Arbeit am 1. Mai nichts im Wege stände, um so weniger als Schl. als ehemaliger Kollege vor 4 Jahren selbst noch über die Brutalität der Unternehmer sich entrüstete. Er sperrete zwar die Arbeiter nicht aus, ließ aber die, welche gefeiert hatten schon vom 2. Mai ab nur halbe Tage arbeiten. Herr Schl. glaubt natürlich, sich durch sein Bravourvorgehen bei den Fabrikanten, die ihn bisher nicht für voll ansehen, besser einführen zu können. Diese Ehre, ein Gleicher unter Gleichen zu sein, mag er einheimen; die Arbeiter kennen ihn und wissen, wie sie sich ihm gegenüber zu verhalten haben. Bei passender Gelegenheit werden sie ihm ihre Antwortung machen.

Kassel. Am 18. Mai, Vormittags, haben sämtliche 23 Kollegen (organisiert) der Kassel'er Gummiwaaren-Fabrik von Ridel & Co. die Arbeit niedergelegt. Nachdem die Kollegen schon seit vorigem Jahre mehr noch als vorher unter dem Druck der schlechten Konjunktur zu leiden hatten, suchte auch noch der Meister Schilb (ehemaliger Streikbrecher bei der Firma Pfeifer & Hartens 1890) in jeder Weise zu schikanieren, und in letzter Zeit des Desistens bei den gering-

fügigsten Differenzen den Kollegen mit Entlassung zu drohen, was ja auch bei einem verheirateten Kollegen in Wirklichkeit eintraf; nur daß die Arbeitseinstellung sämtlicher Kollegen früher erfolgte, als der betreffende Kollege seinen Akkord fertig hatte. Wir wollten uns der Preisrückereien dadurch entziehen, daß wir zu einer günstigen Zeit die Akkordarbeit gänzlich zu befristigen suchten und die nöthigen Schritte beim Hauptvorstand schon eingeleitet waren. Aber in letzter Zeit hat sich der Meister durch sein frivoles Auftreten als ein weit größeres Uebel erwiesen, und sind die Kollegen sich dahin schlüssig geworden, entweder der Meister geht oder wir. Es war die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß unter den jetzigen Verhältnissen die älteren Kollegen sich anderweitig Stellung einzunehmen und die Werkstätte für den Verband nach und nach verloren ging. Eine aus dem Vorstand der hiesigen Zahlstelle gebildete Kommission wurde bei dem betreffenden Fabrikanten hierum vorstellig und wurde merkwürdiger Weise nur der Meister, nicht aber die Arbeiter hinzugezogen, dieselbe verlief negativ. Hierauf haben alle 23 Kollegen in geheimer Abstimmung beschlossen, bei Nichtbewilligung ihrer Forderung — Entlassung des Meisters — die Arbeit niederzulegen. Nach Verhandlung und Klarstellung dieser Mißstände seitens der Kollegen mit dem Arbeitgeber und der Erklärung des Letzteren, sich niemals bewegen zu lassen, seinen Meister zu verabschieden, wurde die Arbeit niedergelegt. Nachdem haben wir Sonntag nochmals mit dem Fabrikanten und im Beisein des Meisters eine länger Unterredung gehabt, in welcher sich der Letztere aus Allem herauszuwinden beabsichtigte und keinen Arbeiter zu beileiden oder zu schädigen versprach, in Zukunft mit einem etwa zu bildenden Arbeiterausschuß solche Angelegenheit zu besprechen und eventuell auch abzustellen, aber unter keinen Umständen auf unsere Forderung einzugehen. Die Kollegen werden Montag nochmals zu entscheiden haben, ob sie gewillt sind, ihre Forderung fallen zu lassen. Die Kollegen haben die Gewißheit, daß von einem Arbeiter "Muthwilliger" nicht die Rede sein kann, da durch die speziellen Arbeitsverhältnisse einerseits und die Sachkenntnis des Meisters andererseits, die viel zu wünschen übrig läßt, ein Fortkommen Auswärtiger, noch dazu bei den geringen Preisen, nicht denkbar ist. Wir hoffen, daß der einmal geahnte Schritt sich zum Besten der betheiligten Kollegen, sowie des Verbandes wenden wird.

Kiel. (Aus dem 16. Gau). Mit Einigkeit und festem Willen läßt sich oft ohne Kampf viel erreichen. In der Köster'schen Werkstatt in Schleswig wurde am 1. Januar fünf Kollegen der Lohn von 34 auf 32 $\frac{1}{2}$ pro Stunde geführt. Schon damals erklärten die Kollegen, daß sie diese Reduzierung der Löhne sich jedoch nur bis zum 1. April gefallen lassen würden. Als der 1. April kam und der Arbeitgeber an die Wiederherstellung des alten Lohnjahres nicht dachte, stellten die Kollegen die Forderung eines Stundenlohnes von 35 $\frac{1}{2}$ auf. Da die Kollegen einig waren, mußte der Arbeitgeber wohl oder übel bewilligen. — In Melbors hatten die Kollegen bei dem Arbeitgeber (es kamen nur ein Arbeitgeber und elf Holzarbeiter in Frage) die Erhöhung des Lohnes von 32 auf 35 $\frac{1}{2}$ pro Stunde beantragt. Der Arbeitgeber bewilligte diese Forderung, machte jedoch den Vorbehalt, benjenigen Kollegen, welche erst aus der Lehre getreten sind, nur den alten Stundenlohn von 32 $\frac{1}{2}$ zu zahlen. Die Kollegen erklärten sich hiermit einverstanden. — Auch die Tischler der Tönninger Schiffsverft suchten ihre Lage zu verbessern. Sie verlangten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 34 auf 38 $\frac{1}{2}$. Tischler und Werkbirektion einigten sich auf eine Lohnerhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. In Frage kamen elf Tischler, die jedoch nicht Mitglieder des Holzarbeiterverbandes sind, sondern sich dem Arbeiterverbande angeschlossen haben. — Zu einer Arbeitseinstellung ist es jedoch in Gernsforde gekommen. Die Kollegen forderten Abschaffung des Kost- und Logisweizens beim Meister, zehnstündige Arbeitszeit und 32 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Bis dahin betrug der Lohn nebst Kost und Logis beim Meister und elfstündiger Arbeitszeit durchschnittlich wöchentlich M. 8. Acht Werkstätten mit zehn Kollegen, welche sämtlich im Verbande sind, kamen bei der Arbeitseinstellung in Frage. — In Kiel beträgt der DurchschnittsStundenlohn der Tischler nach den Erhebungen der Lokalverwaltung jetzt 46 $\frac{1}{2}$. Am 1. Mai hatten die Kieler Holzarbeiter allgemeine Arbeitsruhe proklamirt, die auch sehr gut durchgeführt wurde. Nach den Feststellungen der Lokalverwaltung haben ja 300 Holzarbeiter am 1. Mai in Kiel die Arbeit ruhen lassen, darunter 45 Kollegen, die auf der Krupp'schen Werft beschäftigt sind. Seit November vorigen Jahres war es gelungen, die Kollegen auf der Krupp'schen Werft für die Bestrebungen der Organisation zu interessieren; augenblicklich dürften von 180 dort beschäftigten Tischlern 70—80 im Verbande sein. Es war gewiß ein schöner Erfolg, daß 45 dieser Werftkollegen es riskirten, am 1. Mai von der Arbeit fern zu bleiben. Nun konnte zwar die Werkverwaltung infolge der augenblicklicher Geschäftsfrage nicht so ohne Weiteres 45 Tischler entbehren, sonst dürften diese 45 Mann sicher entlassen worden sein; damit jedoch die Außenwelt nicht auf den Gedanken kommen sollte, als sei es auf den Krupp'schen Werften mit der Arbeiterbevormundung vorbei und habe man dort die Gleichberechtigung der Arbeiter anerkannt, mußten wenigstens acht jüngere Kollegen fliegen, fünf weitere Kollegen kehrten darauf freiwillig der Werft den Rücken. Praktischer dachte der Tischlermeister der Howaldt'schen Schiffsverft. Herr Kommerzienrath Howaldt hatte früher einmal einem Interviewer gegenüber geäußert, die Handwerker der Schiffsverft gehörten zu den bestgestellten Arbeitern, sie hätten sich im Alter ein kleines Vermögen erspart und wohneten in ihrem eigenen Häuschen. Glaubte Meister Schneider deshalb, weil Herr Howaldt einmal diese, ihm übrigens sofort als unrichtig nachgewiesene Behauptung aufgestellt hat, der Lohn der Tischler könne einen kleinen Abzug vertragen? Sieben Tischler, die am 1. Mai feierten, sollten pro Mann M. 1 Strafe zahlen. Die Sieben zogen es vor, lieber die Arbeit auf der Werft aufzugeben. Zwei weitere Tischler mußten M. 1,50 Strafe zahlen, trotzdem sie den Meister darauf aufmerksam gemacht hatten, daß sie am Nachmittag des 1. Mai feiern würden. Als kleine Paßschützen sich gleichfalls der Tischlermeister Borchert-Gaarden, die Besitzer der Holzfabrik von Bey & Schulz-Flensburg und E. Söhnk-Gottorf. Bei Borchert wurden zwei, bei Söhnk ein Kollege wegen der Matzeier entlassen, und die Holzfabrik von Bey & Schulz sperrte drei Tischler einen Tag lang aus. Trotz alledem, oder gerade trotzdem wird der Gedanke der Arbeitsruhe am 1. Mai unter den Holzarbeitern des 16. Gaues nicht auszueroiten sein, vielmehr noch bedeutend mehr Anhänger gewinnen. Außerordentlich bejorgt um das leibliche Wohl der Arbeiter ist die Behörde in der Krupp'schen

Gottorf. Dasselbst sind zirka 20-24 Holzarbeiter beschäftigt, zwölf davon gehören der Bahnhofs-Gewerkschaft als Mitglieder an. Die Abhaltung einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung wurde deshalb von den Verbandsmitgliedern sehr gewünscht, um auch die Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen. Nun ist in Gottorf unter dem lieben Vieh die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Die Holzarbeiter Gottorfs haben zwar mit dem lieben Vieh wenig zu thun, auch dürfte sich keiner ein Vergnügen daraus machen, in den Kuhställen herumzukriechen; die Behörde glaubte jedoch jedenfalls, durch die Versammlung könnte die Maul- und Klauenseuche weiter befördert werden und ließ einfach eine Abhaltung derselben nicht zu. Für die weise Vorsicht, welche die Behörde walten ließ, wollen die Gottorfer Tischler, wie wir hören, ihr eine Dankadresse übermitteln.

Leisnig. Am 5. Mai tagte hier eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit der Tagesordnung: „Die Kämpfe der deutschen Gewerkschaften“. Kollege Herrn Wilsdorf aus Leipzig entrollte in einem 15minütigen Vortrage darüber ein klares Bild. Zu bedauern war, daß so wenige Zuhörer sich eingefunden hatten. Was aber fast an's Unglaubliche grenzte, war, daß von 170 am Orte befindlichen Holzarbeitern ganze elf — sage und schreibe elf — sich eingefunden hatten. Wahrscheinlich, ein Bild, welches sich mit den jetzigen Arbeitsverhältnissen gänzlich vereinbaren läßt. Man sollte doch meinen, daß zu einer Zeit, wo der Geschäftsgang ein ganz fauler ist, wo die Arbeiter wieder einmal recht den „Arbeitgeberterrorismus“ fühlen, wo es jetzt vor Kurzem in Leisnig vorgekommen ist, daß ein Stuhlfabrikant seinen Stuhlbauern den Lohn um volle 20 pZt. gekürzt hat und dergl., den Leisniger Holzarbeitern erwünscht sein müßte, einmal zu hören, mit welchen Mitteln der oben angeführte Arbeitgeberterrorismus zurück zu weisen sei. Aber — weit gefehlt. Daran denken die hiesigen Kollegen nicht. Man darf sich dann aber auch nicht wundern, wenn infolge der Interesslosigkeit der Kollegen den Arbeitgebern der Kammer derartig schmilzt, daß sie glauben, mit ihren Arbeitern Fangball spielen zu können. Es wäre doch wirklich an der Zeit, daß die Leisniger Holzarbeiter nun endlich einmal zur Vernunft kämen und durch einmütiges Zusammenschließen gegen den Arbeitgeberterrorismus Front machten. Es wäre doch ein Leichtes, den prozenteilhaftesten Kapitalisten zu beweisen, daß die Arbeiter nicht nur da sind, um zu arbeiten, sondern daß sie arbeiten, um leben zu können. Wdgen deshalb alle diejenigen, welche heute noch dem Deutschen Holzarbeiterverband fern stehen, ihr Solidaritätsgefühl dadurch beweisen, daß sie so schnell wie möglich dem Verbandsbeitreten. Dann wird es auch möglich sein, daß wir unseren Ausbeutern ein energisches „Galt!“ entgegen rufen können. Beitritts-erklärungen nehmen die Zeitungsträger sowie der Vertrauensmann entgegen.

Regnitz. In der Wauischlerei von E. Lenke hier sind Differenzen ausgebrochen. Der Werkführer, welcher früher auch Verbandsmitglied war, behauptet sich seinen früheren Kollegen gegenüber so unschuldig und suchte sie auf alle nur erdenkliche Weise und demachen zu diskreditieren, daß den Kollegen endlich der Geduldsfaden riß und sie den Unternehmer in einem Schriftstück eruchten, mit den drei Arbeiterauschüßmitgliedern, welche sie gewählt hatten, behufs Abstellung dieser Mißstände zu unterhandeln. Als Antwort hierauf wurde ein Ausschüßmitglied sofort entlassen und ihm der Lohn für 14tägige Kündigungsfrist gezahlt, weil er sich weigerte, mit dem Arbeitgeber ohne die anderen zwei Mitglieder zu unterhandeln. Den anderen Zweien wurde gekündigt und dann den übrigen Kollegen gesagt, wer Sonnabend sich nicht schriftlich verpflichtet, den Anordnungen des Werkführers unweigerlich Folge zu leisten, bekommt auch gekündigt. In einer Besprechung, welche die Kollegen untereinander hatten, kamen dieselben dahin überein, sich mit den gemahregelten Ausschüßmitgliedern solidarisch zu erklären und die Forderung einer Unterhandlung des Arbeitgebers mit dem Ausschüß wegen Abstellung der Mißstände aufrecht zu erhalten. Der Unternehmer hingegen fragte am Sonnabend beim Bezahlen jeden einzeln, ob er sich seinen Anordnungen fügen und von den Abmachungen mit seinen Kollegen zurücktreten wolle; wer dies verneinte, dem wurde gekündigt. Letzteres ist nun bei Allen, mit Ausnahme eines einzigen, eingetreten. Dieser, mit Namen Lappert, hat sich schon seit längerer Zeit zweideutig benommen und hatte auch der Einladung der Kollegen zu der Besprechung keine Folge geleistet. Herr Lenke wird nun, wie er seinen Leuten sagte, in diesen 14 Tagen Kündigungsfrist versuchen, andere Arbeitskräfte heranzuziehen. Wir bitten nun die Kollegen allerorts, falls Lenke in den Zeitungen Tischler sucht, dafür sorgen zu wollen, daß diejenigen, welche eventuell in dies Eldorado kommen, auch rechtzeitig erfahren, was sie bei Lenke resp. seinem Werkführer zu erwarten haben.

Nürnberg. (S a m m a c h e r.) Der Artikel des Kollegen N. in Ober-Namstadt in Nr. 10 der „Holzarbeiterztg.“, sowie das Eingekandt des Kollegen K. in Nr. 19 in Darmstadt beweisen, daß Beide die beste Absicht haben, mitzuhelfen, unsere im Allgemeinen heruntergekommenen Verhältnisse wieder ein wenig in die Höhe zu bringen, wenn sie sich auch über das Wie noch nicht ganz einig sind. Da unsere Branche noch manche Eigenart für sich hat, auch der Mode oder Saison wenig unterworfen ist, Krisen bei Weitem nicht die verheerende Wirkung haben, wie bei manchem anderen Industriezweig, unsere Erzeugnisse bedarfsartikel sind und bleiben, so sind nur die Arbeiter selbst, wenn ihre größtentheils traurigen Verhältnisse immer noch schlechter werden. Wenn man das lebhafteste Vorwärtstreben der Kollegen anderer Berufe beobachtet, so könnte man glauben, die Kammmacher bilden eine eigene Klasse oder Sekte, oder es sind überhaupt nur die beschränktesten Menschen in unserer Branche beschäftigt. Der Deutsche Holzarbeiterverband zählt die Kammmacher ebenso wie Schreiner, Drechsler, Bürstenmacher zc. zu seinen vollberechtigten Mitgliedern. Die Zunahme in zwei Jahren beträgt 35 pZt. (1898-1900 von 52 000 auf 70 000) wo bleiben da die Kammmacher? Es wird kaum die frühere Höhe, wenn nicht Rückgang zu bezeichnen sein. Die hier bei der Zunahme beteiligten Branchen haben ebenfalls noch größtentheils gegen mißliche Verhältnisse bezüglich Lohn, Arbeitszeit zc. zu kämpfen, aber sie sind überzeugt, daß eine Besserung nur durch eine gute Organisation und Einigkeit unter sich selber möglich ist. In Nürnberg, wo wir in unserer Branche im Allgemeinen immer noch halbwegs gute Verhältnisse haben (bei 58stündiger Arbeitszeit), sind Einzelne durch ihre niedrige Befähigung stets thätig, sie zu verschlechtern. Die größte Demütigung, die besthsten Fußstapfen von oben, das wiederholte „den Stuhl vor die Thüre setzen“, hat sie noch im kein Haar gebessert. Allen voran ein „Kuchkollege“, welcher sich seit

Jahrzehnten bei all seinen Handlungen von der Gabsucht leiten ließ. Wird er auf sein ungerechtes Gebahren aufmerksam gemacht, dann ist die denkbar schroffste Antwort: „Ich merke auf gar keinen, der kann sein, wer er will; wem es nicht paßt der kann...“ (Dann folgt eine freundliche Einladung.) Das Sprichwort: „Ein fauler Apfel steckt 100 gesunde an“, bewahrheitet sich leider auch hier. Mancher Kollege, welcher fest zu unserer Sache hielt, betrachtet es für praktischer, nur für sich allein zu sorgen, alles Andere sei Nebensache. Daß durch Schamlosigkeit nicht nur gegen Mitarbeiter, sondern auch nach oben die Zustände in einer Fabrik immer bedenklicher werden, liegt auf der Hand; obwohl noch keinem Kollegen wegen Zugehörigkeit zum Verbands auch nur ein Haar gekrümmt wurde. Was wird hier bei gut gemeinte Vorschlag des Kollegen K. in Nr. 19 nützen, wenn eine Konferenz einberufen würde, selbst wenn tüchtige Männer, die es wirklich ernst nehmen, zusammenkämen? So lange die Ausbeutungssucht und das Uebervorteilen unter den Arbeitern einer Werkstatt oder Fabrik nicht aufhört, ist an keine Einigkeit zu denken. Was auch dagegen gesehen mag, hauptsächlich, wenn System darin liegt und unsere friedlichen Elemente unter Führung ihres besten Kameraden (des größten Schreiers) uns offen den Krieg erklären! — Meiner Ansicht nach paßt auch Manches des hier Gesagten auf auswärtige Kollegen. So lange nicht die ehrlichen, überzeugungstreuen Kollegen mit ganzer Kraft einstecken, ist die Aufopferung Einzelner leerer Wahn. Z.

NB. Sollte trotz des Geschilberten die Konferenz zu Stande kommen, so bildet der Kostenpunkt noch ein ungelöstes Räthsel. Eine von mir am 12. Mai d. J. gestellte diesbezügliche Anfrage an den Verbandsvorstand blieb bis zur Abendung dieses, am 19. Mai, unbeantwortet.

Nürnberg. Ueber die neuerdings vorgekommenen Milzbrand-erkrankungen sprach hier Kollege Dorn in einer vor Kurzem stattgefundenen Bürsten- und Pinselarbeiter-versammlung. Nach dem äußerst interessanten Vortrag, auf den wir später bei Besprechung dieser Frage noch zurückkommen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Nachdem trotz der Bundesratsvorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Nohhaar-, Haar- und Borstenzurichtereien, sowie der Bürsten- und Pinselmachereien vom 1. Juli 1899 fortgesetzt neue Erkrankungen und Todesfälle an Milzbrand-erkrankung eintreten, liegt der Beweis klar zu Tage, daß diese bestehenden Schutzvorschriften zur Abwendung der Milzbrand-erkrankung unzureichend sind. Die in der Bürsten- und Pinsel-industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fühlen sich durch neuerdings in Schopfloch und Nürnberg vorgekommene Erkrankungen, in Nürnberg mit tödlichem Ausgang, als deren Ursache zweifellos Milzbrand-erkrankung festgestellt ist, sehr beunruhigt und fordern dringend Abhilfe. Die Versammlung hält die Ausdehnung des Desinfektionszwanges, welcher jetzt nur für ausländisches Material besteht, für das inländische Material für unerlässlich, um so mehr, da die Desinfektion auch dieses inländischen Materials ohne nennenswerte Schädigung möglich ist. Insbesondere ist der Desinfektionszwang auch auf Ziegenhaare auszudehnen, nachdem oben erwähnte Erkrankungen Arbeiterinnen betroffen haben, welche Ziegenhaare verarbeiten, somit die Gefahr der Milzbrand-erkrankung auch durch dieses Material festgestellt ist. Die Versammlung erwartet eine völlige Beseitigung der Milzbrand-erkrankung nur von einer wirksamen Desinfektion des gesamten Rohmaterials, der Borsten mit inbegriffen, und wünscht, daß neuerdings Versuche in dieser Richtung unternommen werden eventuell Fachleute durch Preisauschreiben veranlaßt werden, geeignete Desinfektionsmittel für Borsten zu erforschen. Die Milzbrandkommission wird daher beauftragt, von diesem Beschluß dem Herrn Reichskanzler, dem bayerischen Ministerium und dem Stadtmagistrat Nürnberg in geeigneter Weise Kenntnis zu geben und Abhilfe zu erbitten.“ In die Milzbrandkommission wurden gewählt die Kollegen Strobel, Leibinger, Dorn, Polzinger und Kern.

Qualenbrück. Einen günstigen Erfolg verdanken die Einziger und Pecher der Firma Schade & Co. ihrer Organisation. Sämtliche Arbeiter, 45 an der Zahl, waren organisiert und warteten nur auf den günstigen Augenblick, ihre verbesserungsbedürftige Lage etwas aufzubessern zu können. Als dieser Moment kam, unterbreitete eine von den Arbeitern gewählte Kommission der Firma die Forderungen, welche in Erhöhung der Akkordpreise, besserer Behandlung durch das Komptoirpersonal, geregelter Arbeitsausgabe zc. bestanden. Lautete die erbetene Antwort auf die schriftliche Zustellung der Forderung ausweichend, so änderte sich das, als die Kommission persönlich vorstellig wurde, denn die Leiter der Firma erklärten sich zu Unterhandlungen bereit. Eine am 12. Mai stattgefundene Mitglieder-versammlung, bei der auch der Gauvorsitzer Schmidt aus Bremen beimohte, beschloß, die zur Verhängung dargebotene Hand anzunehmen. Am folgenden Tage drängte die Firma selbst auf schnelle Regelung. Die Akkordpreise wurden um 7-13 pZt. erhöht, auch die oben bezeichneten Mißstände beseitigt. Wir wollen hoffen, daß die Holzarbeiter des gleichen Betriebes die Konsequenzen aus unserem Organisationserfolge ziehen werden, d. h. sich auch organisieren; bis heute sieht es damit recht traurig aus.

Nadebeul. Herr Peter, Inhaber der Bambusmöbel-Fabrik von Peter & Stegmann, hat seit Februar mit ganz erheblichen Lohnreduktionen begonnen. Vor sechs Wochen behauptete er, nicht mehr als einen bestimmten Preis für ein Arbeitsstück geben zu können, und jetzt, nachdem die Korbmacher durch angestrenigtere Thätigkeit den Ausfall wieder weit gemacht haben, zieht er weitere 50 % ab. Als die Arbeiter darüber unwillig wurden, erklärte Herr Peters, daß er es Niemandem verarge, wenn er anderswo mehr verdienen könne, d. h. wer dafür nicht arbeiten wolle, könne gehen. Das ging den Kollegen zu weit und sie beauftragten zwei ihrer Mitarbeiter bei Herrn P. vorstellig zu werden, daß er mit den Abzügen aufhöre, mit Rücksicht darauf, daß sie in guter Geschäftszeit keine höheren Preise verlangt und die ganze Zeit hindurch auch schlecht bezahlte Stücke ohne Widerrede gemacht wurden. Herr P. ging noch weiter. Er verbot das Feiern am 1. Mai, er verbot das Lesen von Arbeiterzeitungen in der Werkstatt und erklärte einem Arbeiter, der am 2. Mai eine politische Ansichtspostkarte erhielt, daß er ihn entlassen würde, wenn das noch einmal vorkäme. Wer streiken wolle, den stelle er nicht wieder ein. Anmuthungen, wie sie Herr P. sich herausnimmt, führen sicherlich zu keinem friedlichen Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Damals wollte Herr P. sein Geschäft von Dresden nach Nadebeul nur dann verlegen, wenn seine alten Arbeiter mitgingen, heute sind die alten Arbeiter die Ersten, die er entläßt. Früher kümmerte es ihn nicht, ob seine Arbeiter sich

politisch bethätigten, heute verbietet er ihnen, daß sie der Arbeiterbewegung dienlich sind. Wie die Dinge liegen, werden die auswärtigen Kollegen gut thun, wenn sie die Fabrik des Herrn Peter meiden, vielleicht gemöhnt er es sich ab, die Arbeiter von oben herab zu behandeln.

Ravensburg. „Volkssbildung und Arbeiterorganisation“ lautete das Thema über das Kollege Raub (Stuttgart) in recht eingehender Weise referirte. Ganz besonders betonte er, daß die besitzende Klasse ein Interesse daran habe, eine Allgemeinbildung der Arbeiter hintanzuhalten, weil sie befürchte, daß mit der fortschreitenden Bildung der Arbeiter auch höhere Ansprüche an das Leben gestellt würden, was zur Folge habe, daß eine Steigerung der Löhne platzgreife; und auf hohe Löhne seien bekanntlich die Ausbeuter nicht gut zu sprechen. Jede Arbeiterorganisation rege das Bildungsbedürfnis an, und trete auch ein für eine bessere Lebenshaltung ihrer Mitglieder. Bildung und Volkswohlfahrt gingen Hand in Hand, und wer Weisheit wolle, müsse sich den Arbeiterorganisationen anschließen. Weiter war die Versammlung schlecht besucht. Es wäre dringend zu wünschen, daß die am 25. Mai stattfindende Versammlung sich eines besseren Besuches erfreue, und die faden Ausreden: man habe kein Geld und keine Zeit, bald einmal aufhörten; die überreichlich vorhandenen Klümmvereine beweisen das Gegentheil.

Siegen. „Wie ist unsere Lage zu verbessern?“ so lautete das Thema, über das Kollege Merfeld aus Köln am 18. v. M. referirte. Es wurde damals eine Resolution angenommen, daß vor allen Dingen die Arbeitszeit auf 10 Stunden verkürzt werden müßte. An der Abstimmung über die Resolution theilnahmen sich 52 Tischler und Drechsler. Beschlossen wurde weiter, daß diese Forderung den Meistern unterbreitet und diese bis zum 25. April um Antwort ersucht werden sollten. Das Ersuchen blieb unbeantwortet, weil nach Ausspruch des Obermeisters das Schreiben anonym gewesen sei, und doch war dasselbe mit „Vorstand“ unterschrieben und auch der Stempel desselben darunter gesetzt. (Das genügt nicht, mindestens muß doch eine Korrespondenzadresse angegeben werden. Die Red.) Am 2. Mai verhandelte dann eine von uns gewählte Kommission mit dem Innungs-ausschuß. Das Resultat war Ablehnung. Weiter ist mit den hiesigen Kollegen, soweit es Geheimnisse sind, nichts anzufangen, während ein Theil derselben religiös fanatisch ist, macht der andere in Klümmvereinen. Am 11. d. M. wurde beschlossen, daß jeder Kollege am 13. d. M. persönlich bei seinem Arbeitgeber vorstellig werden solle, und falls nicht bewilligt würde, zu kündigen. In einzelnen Werkstätten ist die 10stündige Arbeitszeit bewilligt worden, und wenn Zugang fern gehalten wird, hauptsächlich von unseren Arbeitsnachweiser in Siegen und Kassel, dann wird es auch noch in mehreren möglich sein. Wir bitten die auswärtigen Kollegen, uns zur Erringung der 10stündigen Arbeitszeit durch Fernhaltung des Zugangs behilflich zu sein.

Lüdingen. Die Holzarbeiter unserer Mustersadt sahen sich genöthigt, zum Mittel des Streiks zu greifen, nachdem das Unternehmerrthum ein Gesuch um Gewährung einer 10prozentigen Lohnerhöhung unbeantwortet ließ und die während der Kündigungsfrist verjüngte Entlohnung an der Sparsamkeit der Meister scheiterte. Die Forderung bedeutet für die einzelnen Arbeiter eine Erhöhung der Stundenlöhne von 2A-3,5 A, und man sollte annehmen dürfen, daß wegen einer so bescheidenen Forderung bei einigem guten Willen seitens der Arbeitgeber ein Ausstand leicht zu vermeiden gewesen wäre, zumal die Letzteren wissen müssen, daß ein Streik — mag er ausfallen, wie er will — auch für sie empfindliche Nachteile bringen wird. Der größte Theil der hiesigen Holzarbeiter sieht schon die zweite Woche im Ausstand. Die Arbeiter eines Kleinmeisters schlossen sich gestern den Streikenden an, da von ihnen verlangt wurde, Streikarbeiten zu machen. Somit sind fünf Werkstätten vom Ausstand betroffen mit 26 Arbeitern, darunter 7 Weibearbeiter mit 21 Kindern. Einige Meister ziehen am Wiertisch und anderswo in der gemeinsten Weise über die Streikenden los; auch haben sie beim Stadtpolizeiamt wegen der scharfen Ueberwachung ihrer Werkstätten seitens der Streikposten Beschwerde erhoben. Alle diese Machenschaften prallen jedoch an der einmütigen Entschlossenheit der Ausständigen ab, welche gut organisiert und diszipliniert sind und sich in keiner Weise provozieren lassen. Trotz des großen Zuganges ist es während der zehn Tage den Meistern noch nicht gelungen, auch nur eine Bank zu besetzen, nur bei Gustav Schmidt sind zwei bekannte Streikbrecher aus Stuttgart als Anschläger beschäftigt.

Wismar. Ueber das Geschäft des Tischlermeisters Glau hier wurde die Sperre verhängt, weil dieser zwei bei ihm beschäftigten Arbeitern eine Arbeit unter so ungunstigen Bedingungen in Akkord gab, daß diese ihr Auskommen nicht finden konnten. Es handelte sich um 100 Bienenkästen, die zum Preise von 60 A pro Stück hergestellt werden sollten, ohne daß der Lohn garantiert war. Die Verhältnisse änderten sich dadurch noch sehr zu Ungunsten der Kollegen, daß der Meister und ein Kollege später an der Arbeit theilnahmen, und die Akkordanten mit den dadurch entstandenen Lohnkosten noch belastet werden sollten, so daß die Kollegen die letzte Woche nicht nur umsonst arbeiten, sondern auch noch 4.9 hätten mitbringen müssen. Da Glau gegen die Kollegen kein Entgegenkommen zeigte, wurde seitens der Mitgliederversammlung über sein Geschäft die Sperre verhängt, und zwar mit dem Erfolg, daß die Werkstätte jetzt leer steht.

Würzburg. In der Werkstätte des Herrn Seitz, bekannt noch vom vorjährigen Schreinerstreik, wurde ein Arbeiter, weil er den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hatte, entlassen, angeblich, weil er mangelhafte Arbeit geliefert, dann, weil er durch die Arbeitsruhe ein Stück Arbeit, das am 1. Mai, Nachmittags 3 Uhr, „mit der Bahn“ fortgeschafft werden sollte, nicht rechtzeitig fertig gestellt hatte. Zwei andere Kollegen konnten die Stichhaltigkeit der Entlassungsgründe nicht einsehen und verließen mit dem gemahregelten Kollegen ebenfalls das Seitz'sche Eldorado.

An die Berliner Musikinstrumentenarbeiter.

Während in allen Berufen der Berliner Holzindustrie die Arbeiter sich seit Jahresfrist mit Erfolg bemühten, bessere Arbeitsverhältnisse zu erreichen, sind die Musikinstrumentenarbeiter nicht nur nicht im Stande gewesen, ihre Lage zu verbessern, es gelang ihnen nicht einmal, ihre Stellung auf der alten Höhe zu erhalten. Ganz allmähig, aber desto fester, gelangt es den Fabrikanten, sich Vortheile auf unsere Kosten zu verschaffen. Wohl ist es uns in einigen Fällen gelungen, einen direkten Angriff einzelner Unternehmer mit Erfolg zurück zu weisen,

aber in vielen Fällen merkten es die Arbeiter nicht einmal oder aber wollten es nicht merken, wenn ihnen Nachteile zugefügt wurden.

Wer trägt nun die Schuld an diesen Zuständen? Würde man diese Frage der Reihe nach an die Berliner Kollegen stellen, in 90 von 100 würde man ohne Zweifel etwa folgende Antwort erhalten: „Das kommt von den in Transvaal und China herrschenden politischen Wirren.“ Politisch sind nämlich die Berliner Kollegen mächtig geschult. Sieht man sich aber die Sache etwas näher an, so wird man bald finden, daß diese „politischen Wirren“ als Ursache unserer verschlechterten Lage von ganz untergeordneter Bedeutung sind.

Wir müssen die Beantwortung obiger Frage in einer ganz anderen Richtung suchen, und es fällt auch nicht schwer, die richtige Antwort zu finden. Sehen wir uns die Organisationsverhältnisse in unserer Branche an und vergleichen wir sie mit denen anderer Branchen, so wird es uns sofort klar, wo der Fehler liegt. Schon die Tatsache, daß fast sämtliche Branchen in der Lage waren, bei ihren Bewegungen in den letzten Jahren von Organisation zu Organisation zu verhandeln, hätte den Musikinstrumentenarbeitern beweisen müssen, daß der Grund unserer mitleidigen Lage eigentlich in unserer Organisation, in unserer Person selbst liegt. Seit Jahren bemüht sich eine kleine Zahl Kollegen ununterbrochen, die in der Musikinstrumentenindustrie thätigen Arbeiter für die Organisation zu gewinnen; Hunderte von Werkstattversammlungen sind neben den regelmäßigen Branchen- und Vertrauensmännerversammlungen abgehalten, und was ist der Erfolg aller Arbeit, wo ist der Lohn für die unzähligen um die Ohren geschlagenen Nächte? Kaum ein Sechstel der Berliner Musikinstrumentenarbeiter hat bis jetzt — was jeder Berliner Müllkutscher längst begriffen hat — die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation begriffen! Und wie sieht es mit diesem Sechstel aus? Anstatt sich den Unternehmern geschlossen gegenüber zu stellen, beliebt es einigen Herren Kollegen noch, ein bisschen Fachverein zu spielen und dadurch den Uebrigen es leicht zu machen, eine gesuchte Ausrede zu finden. Daß man es den Fabrikanten unter diesen Umständen nicht verdenken kann, wenn sie die für sich so günstige Situation nach Möglichkeit auszunutzen versuchen, ist doch begrifflich.

An die Musikinstrumentenarbeiter aber richten wir die Fragen: „Wollt Ihr nichts dazu thun, um eure und eurer Nachkommen Existenz etwas sicherer und angenehmer zu machen? Wollt Ihr es immer und immer wieder geschehen lassen, daß man jede wirtschaftliche Stockung auf eure Schultern abwälzt?“ Kollegen, es nahen schwere Zeiten für uns. Zu Gunsten einer kleinen Elite sucht man dem deutschen Arbeiter die Lebensmittel zu verheuern durch hohe Zölle. Wir Musikinstrumentenarbeiter aber sind es, die vor allem Anderen durch die ganz selbstverständliche eintretende Erschwerung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland die Folgen dieser Zollpolitik zu tragen haben. Die Produktion wird abnehmen, ein Ueberschuß an Arbeitskräften entstehen, durch deren Angebot ein Sinken des bisherigen Lohnes unbedingt erfolgen muß, wenn wir bis dahin nicht im Stande sind, unsere Kräfte zu sammeln. Darum, aufgewacht, Kollegen; fort mit der Schlafmütze und hinein in den Holzarbeiterverband, damit man nicht länger im Stande ist, aus eurer Haut Kleben zu schneiden. August Eickfeld.

Differenzen und Lohabewegung in der Holzindustrie.

Die Differenz bei der Firma Rundhente in Celle sind beigelegt. Der Lohnkommission gelang es, mit der Firma eine Einigung zu erzielen.

In der Wagenfabrik Henke & Funke, Hannover, waren seit einiger Zeit Differenzen ausgebrochen, dieselben sind, nachdem in einer Unterhandlung unseres Gauvorsitzers der Inhaber der Firma die Wünsche der Kollegen zu erfüllen, zugestanden, und diesem nachgegeben ist, zur Zufriedenheit der Kollegen beigelegt.

In der Stuhlfabrik Rahmühle, Joh. Gebr. Jörn, in Münden a. Deister sind sämtliche Stuhlmacher entlassen worden, weil sie sich einen Lohnabzug nicht gefallen lassen wollten. Ursprünglich handelte es sich um einen Abzug pro Duzend für Stuhlmacher von M. 1,40, für Polierer bis zu M. 1. Die Inhaber erklärten, daß, wenn die Stühle nicht zu dem reduzierten Preise gemacht werden könnten, sie auf die Lieferung an den Agenten verzichten müßten. Die Arbeiter erklärten ebenfalls bestimmt, daß ihnen das unmöglich sei, da bisher trotz der anstrengendsten Arbeit nur M. 2-3 pro Tag verdient werden. Die Folge war, daß mehrere Arbeiter entlassen wurden, weil, wie die Herren sagten, sie nicht mehr so viel beschaffigen könnten. Das war aber sollte ein Schreckschuß sein. Nach ein paar Tagen wurden 25 1/2 mehr geboten, was aber von den Arbeitern abgelehnt wurde. Hierauf wurden zunächst die Verwaltungsratsmitglieder der Zahlstellen Münden und Hamelspringe entlassen und alle Die, welche den Gebr. Jörn uneben waren. Viele Kollegen gingen freiwillig, darunter solche, die bis zu zwölf Jahren im Geschäft thätig waren. Die Einigkeit der Kollegen führte dazu, daß den Polierern der alte Preis zugesprochen wurde; hingegen verweigerten die Inhaber den Tischlern die Bezahlung für die Mehrarbeit an den Stühlen, die 90 1/2 pro Duzend ausmachte. In einer Versammlung, welcher der Verbandsvorsitzende Kollege Leipzig und der Gauvorsitzer Kollege Becker beizuhörten, erklärten die Kollegen einstimmig, daß sie die Stühle für den alten Preis nicht machen könnten; für die Mehrarbeit müßten unbedingt 90 1/2 vergütet werden. Kollege Leipzig wurde ersucht, eine Einigung zu versuchen, leider hat er nichts ausgerichtet; die Inhaber haben erklärt, daß es ihnen schwer geworden sei, die 50 1/2 wieder zuzulegen, aber die 90 1/2 könnten sie nicht zahlen. Eine Werkstattversammlung beschloß am Abend einstimmig, die Stühle nicht zu machen. Die Folge war, daß jeder, der diesen Beschluß nachkommen, entlassen wird. Da die Geschäftslage ungünstig ist, empfiehlt sich keine Arbeitsaufnahme. Es muß aber, daß die auswärtigen Stuhlwerker, ganz besonders die von Lauterberg und Herzberg, sich nicht nach Münden verlaufen. Die Fabrikanten haben sich aufgelassen, Arbeiter von dort kommen zu lassen. Wenn es den Herren nicht möglich ist, Arbeitskräfte zu bekommen, werden sie

schon nachgeben. Eine Anzahl der Entlassenen hat bereits anderweitig Arbeit bekommen. Die Lebens- und Wohnungsverhältnisse am Ort sind äußerst theure und unangenehme. Darum Vorlicht. Niemand lasse sich für Münden anwerben. Die Kollegen in Münden werden fest zusammenstehen. Fernhaltung des Zuzugs ist die beste Unterstützung.

Der Streik der Stäbchen- und Etiquettenhändler in Gschwenda, über welche wir in Nr. 20 berichteten, wurde heute mit drei Händlern zu Gunsten der Arbeiter beendet und am 20. Mai die Arbeit wieder aufgenommen; der vierte der Händler erklärte der zur Verhandlung bestimmten Kommission, bei welcher Gauvertreter Schröder aus Erfurt zugegen war, daß er mit allen Dreien absolut nichts zu thun habe und sich in eine Unterhandlung nicht einlasse, doch glauben wir, daß, wenn die bisherige Einigkeit unter den Arbeitern bestehen bleibt, daß auch dieser Herr, wenn er später noch Stäbchen und Etiquetten verkaufen will, sich dazu bequemen muß, einen Preisausschlag zu gewähren. Wir aber können nur den hiesigen Arbeitern zurufen: Bewahrt eure wie bisher gezeigte Einigkeit, haltet fest an eurer Organisation, damit Ihr das Wenige, was Ihr in diesem 4wöchigen Kampfe errungen, Euch auch erhalten könnt. Ohne die Organisation würdet Ihr nichts errungen, sondern eure Verhältnisse, welche von Jahr zu Jahr immer trauriger geworden, würden sich noch unwürdiger gestaltet haben.

Zum Buzglauer Tischlerstreik. Im letzten Bericht wurde mitgeteilt, daß die Lohnkommission noch einmal mündlich mit den Meistern unterhandeln sollte. Die Einigung erfolgte. Anstatt einer Zusage erhielt die Lohnkommission folgendes Schreiben, das hier zu drucken folgt: Buzglau, den 9. Mai 1901.

An die Lohnkommission der hiesigen Tischlergesellen! Auf Ihre Mittheilung vom 6. Mai, folge deren Sie bereit sind mit den Meistern in eine mündliche Verhandlung zu treten, erwidern wir Ihnen, daß wir keine Veranlassung gegeben haben, folge dessen Sie uns zu einer Verhandlung Ihre Zusage mit — bereit — erklären und daß wir von unserem Beschluß, nachdem wir Ihre Forderungen abgelehnt haben, nicht abweichen und eine mündliche Auseinandersetzung den Erfahrungen, welche einige Meister in letzter Holzarbeiterversammlung gemacht haben, zwecklos erscheint. Wir werden damit vermeiden, daß diese niedrigen Gefinnungen, welcher in dieser Versammlung zum Ausdruck gebracht wurden, nicht weiter ertört werden, die nur zu weiteren unliebsamen Verhältnissen führen.

Der Vorstand der Tischler-, Wöttcher-, Drechsler- und Holzbildhauer-Znning.

Die Antwort auf diesen Brief konnte nur die Einstellung der Arbeit sein. Zwei Richtungsmeister, A. H. n aus Buzglau und W. e. n. b. t aus Lillendorf, mit zusammen vier Gesellen haben bewilligt. Die Znningmeister, an ihrer Spitze Herr Carl Lill, weigern sich hartnäckig. Wie verlautet, haben sie sich bei einer Konventionstrafe von M. 150 verpflichtet, vor Ablauf eines Vierteljahres nichts zu bewilligen. Der Obermeister prahlt, daß er mit „seinen Leuten“ in Ruhe lebt, oder mit anderen Worten: „Ich habe gut heken, bei mir ruht das Geschäft nicht, Kunden meiner Kollegen, die auf das Ende des Streiks nicht warten wollen, werden schon zu mir kommen. Also mein Weizen blüht.“ Bis dieser Zeitpunkt eintritt, wird er mit „seinen“ ruhigen Leuten, einem Heizer, einem Maschinenarbeiter, einem Anreicher, sechs Jungen und, wenn wir nicht irren, anderthalb Gesellen, die „Möbel-fabrikation“ in dem bisherigen Umfange betreiben müssen.

Wögen die Kollegen außerhalb Buzglaus dafür Sorge tragen, daß der Zuzug nach hier fern gehalten wird, dann dürften die Herren schon lange vor Ablauf des Vierteljahres zu Unterhandlungen bereit sein. Vernünftiger wäre es, nicht auf den Obermeister zu hören, der nichts zu riskiren hat.

Aus den Berichten der Holzbranche.

In der Stuhlbauerei von Robert Jäger in Ellenburg, der wiederholt Stuhlbauer in der „Holzarbeiter-Ztg.“ suchte, sollen nach Berichten von dort nicht die besten Verhältnisse herrschen. Der Lohn beträgt M. 12-15 bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit; dann sind die Maschinen und Werkzeuge in einem sehr verfallenen Zustande, so daß die Kollegen es meist vorziehen, dem Betrieb bald den Rücken zu kehren. Es wird für die organisierten Kollegen zweckdienlich sein, vor dem Eintritt in genanntes Geschäft sich über dasselbe bei unserer dortigen Lokalverwaltung zu informieren.

Subdifferenzierung der Arbeiter reizt die Unternehmer sehr oft zum brutalsten Uebermuth, das zeigt so recht das Vorgehen der Firmeninhaber C. W. Moritz, der alten bekannten Musikinstrumentenfabrik in Berlin, Bülowstr. 13, ihren Arbeitern gegenüber. Der „Gewerkverein“ berichtet darüber folgendes: „Die Arbeiter, welche zum Theil schon viele Jahre bei der Firma beschäftigt sind, richteten im Einverständnis mit dem Werkführer an die Inhaber (Söhne des vor drei Jahren verstorbenen Gründers der Firma) eine in ganz beschreibener Form gehaltene Bitte, die bisherige zehnstündige Arbeitszeit um eine Stunde täglich zu reduzieren, weil in vielen anderen Betrieben auch die neunstündige Arbeitszeit eingeführt sei. Ein- der Herren Chef's ließ am anderen Tage die Arbeiter rufen und gab ihnen den Bescheid, daß er mit der Bitte einverstanden sei, wenn die sechs Stunden vom Lohn in Abzug kommen, und wenn die Arbeiter dafür sorgen, daß die sächsischen Konkurrenten dieselben Löhne zahlen, wolle er die Bitte ganz bewilligen. „Ich erwarte von jedem Einzelnen bis heute Abend 7 Uhr im Comptoir Bescheid, ob er unter den alten Bedingungen weiter arbeiten will; wer dieses unterläßt, der ist gekündigt, oder ich betrachte den bis zu dieser Stunde nicht erhaltenen Bescheid als Kündigung. Nun geht wieder an eure Arbeit.“ Die Arbeiter waren der Meinung, daß es wohl mit der Stunde nicht so ernst gewesen sei und gaben nach einer Abends stattgehabten Besprechung am anderen Morgen den Bescheid, daß sie gewillt sind, unter den alten Bedingungen weiter zu arbeiten. Die Antwort des Chefs war harsche Ablehnung und Aufrechterhaltung der Kündigung sämtlicher Arbeiter. Selbst die Vermittelung des Werkführers vermochte nicht, den Chef zur Rücksicht zu bewegen. Dem Arbeiter Julius Frabel, welcher 28 Jahre seine besten

Kräfte der Firma geopfert und auf deren Vorschlag am 22. Januar 1900 vom Kaiser das Allgemeine Ehrenzeichen erhielt, wurde gesagt, er habe überhaupt nur zu gehorchen und um nichts zu bitten, er sei entlassen. Geheimrath Schmidt, welcher dem Frabel im Auftrage des Kaisers diese Auszeichnung überreichte, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß dieselbe nur Leuten verliehen werde, die sich wirklich verdient gemacht und tabellos geführt haben. Julius Frabel sei dieser Auszeichnung würdig. Und diesem Manne gaben die Firmeninhaber folgendes Zeugniß:

Hierdurch bescheinige ich, daß Julius Frabel am 27. Oktober 1863 bei mir eingetreten ist, und ist mir in dieser Zeit nichts Nachtheiliges über seine Person bekannt geworden. Am heutigen Tage habe ich ihn wegen Lohnbewegung, an welche er sich angeschlossen, entlassen.

Berlin, den 13. April 01. C. W. Moritz. Die Arbeiter dieser Fabrik sind bis auf zwei nicht organisiert; das erklärt auch das schnelle Vorgehen der Firma, das infolge dessen auch nicht die gebührende Würdigung erfuhr. Für die Arbeiter ist es eben immer das Beste, sich der Organisation zu verschließen. Sie haben dann besser Gelegenheit, ihre Menschenwürde vor brutalen Unternehmern zu wahren, wie sie sich dadurch Anspruch auf eine bessere Behandlung sichern. So müssen sie noch die Hand küssen, die sie schlägt und werden bei Gelegenheit doch wieder nur mit einem Fußtritt abgefunden.

In der Fournierfabrikation war, dem Jahresbericht der Handelskammer zu Leipzig zufolge, der Umsatz im verfloßenen Jahre gut. Allerdings standen gute Rohhölzer außerordentlich hoch im Preise, so daß die für die fertigen Waaren erzielten Preise viel zu wünschen übrig ließen. Dazu kam n. a. b., daß, wie schon früher hervorgehoben wurde, die deutsche Holzgewerke unter der Einfuhr geschnittener Hölzer aus Amerika und Osterrreich-Ungarn sehr zu leiden haben, die zwar in der Hauptsache geringwerthiger, aber wesentlich billiger als die einheimischen Erzeugnisse sind und deshalb gern gekauft werden. Deshalb wird dringend gewünscht, daß auf ausländische fertig geschnittene Hölzer, wie Messer- und Sägefourniere, Dielen, Bretter, Bohlen, Kanteln und Niegelholz ein hoher Zoll gelegt werde, dagegen der Zoll auf Blockmaterial in Wegfall kommen möge, damit die einheimischen Sägewerke wieder einer gebührenden Entwicklung entgegengeführt werden könnten. Es gäbe gegenwärtig Sägewerke, die nur ein Viertel ihres Umsatzes selbst erzeugten und im übrigen Handel mit im Auslande geschnittenen Hölzern trieben, weil sie damit mehr verdienen, da sie sich diese Schnittwaaren nicht selbst so billig herstellen könnten, wie sie vom Auslande bezogen werden.

Zoll und immer wieder Zoll auf alle möglichen Produkte, ja selbst auf die für unsere Industrie unerlässlichen Rohprodukte. Den Schaden haben dann in doppelter Hinsicht als Konsumenten und Produzenten die Arbeiter.

Das bringt noch was ein. Die Bürstenfabrik Erlangen A.-G., vorm. Emil Kränzlein, in Erlangen wird nach Beschluß des Aufsichtsrathes von dem erzielten Gewinn des letzten Geschäftsjahres nach Abzug reichlicher Abschreibungen 9 pSt. Dividende theilen. Ohne die Tantiemen an Vorstand und Beamte ergab sich ein Reingewinn von M. 85 755, von welchem die armen Aktionäre M. 81 000 einheimsten. Wie hoch müßte wohl der Gewinnanteil der Arbeiter bemessen werden, wenn der Verbrauch ihrer Arbeitskraft mit dem der Aktionäre in Parallele gestellt würde? Jene schufteten jeden Tag 9 bis 10 Stunden im Schweiß ihres Angesichts für einen elenden Hungerlohn, diese halten jedes Jahr eine Sitzung ab, um die Wohlthat von den zu erwartenden hohen Dividenden entgegen zu nehmen. Es ist im Leben herrlich eingerichtet für in Schweiß triefende, nothleidende, Sekt trinkende — Aktionäre!

Ebenfalls neun Prozent Dividende bringt die Bürstenfabrik von Penzberger & Co., Aktien-gesellschaft, München für das abgelaufene Geschäftsjahr zur Vertheilung. Der Fabrikationsgewinn belief sich auf M. 444 552 gegen M. 432 566 im Vorjahre, wozu noch M. 19 800 Vortrag aus dem Vorjahre kommen. Das Aktienkapital befreit sich auf M. 1 200 000, die Hypothekenschuld auf M. 614 547, die gesetzliche Reserve auf M. 31 370, die Specialreserve auf M. 60 000 und der Arbeiterunterstützungsfonds auf M. 40 000. Wie die Kollegen sehen, ist die Bürstenfabrikation noch ein sehr einträgliches Geschäft, sehr viel einträglicher jedenfalls, als das des Bürstenmachers, der zumeist mit Verdiensten vorlieb nehmen muß, die „zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel“ bieten.

An Milzbrandvergiftung starb im Nürnberger Krankenhaus eine Heimarbeiterin einer Pinsel- und Bürstenfabrik. Ein drei Monate altes Kind, das die Arme an der Brust nährte und an dem sich verdächtige Symptome zeigten, wurde unter ärztliche Beobachtung gestellt. In G. o. p. f. i. o. c. h., wo die Vereinigten Pinselfabriken Nürnberg eine Fabrik unterhalten, erkrankte eine Arbeiterin ebenfalls an Milzbrandvergiftung, wurde aber durch rasches Eingreifen des Arztes außer Gefahr gebracht. In beiden Fällen erfolgte die Ansteckung durch Ziegenhaare, für die kein Desinfektionszwang besteht. Ärztliche Autoritäten hatten seinerzeit erklärt, daß Ziegenhaare nicht mit Milzbrandsporen behaftet sein können. Das Gegentheil ist hier erwiesen.

Keine Streifbrecher nach Schweden. Der Fabrikant Köffel, in dessen Wagenfabrik in A. r. i. s. b. f. bei M. a. l. m. b. i. n. S. c. h. w. e. d. e. n. seit längerer Zeit ein Arbeitskonflikt besteht, macht die verzweifeltsten Anstrengungen, in Deutschland Streifbrecher anzuwerben. Unter allen möglichen Vorpiegelungen sucht er sich deutsche Arbeiter auf längere Zeit zu verpflichten, um so den einheimischen, um ihr Organisationsrecht kämpfenden Arbeitern eine halbige Niederlage bezubringen. Mit welchen Mitteln der schwedische Scharfmacher arbeitet, zeigt ein Kontrakt, den er einem deutschen Kollegen übersandte und der folgenden Wortlaut hat:

Hiermit engagieren wir auf Grund folgender Bedingungen Stellmacher von Herdingen a. Rh. für unsere Fabrik. 1. Stellmacher verpflichtet sich für ein Jahr und darf seine Stelle während dieser Zeit nicht ohne unsere Einwilligung verlassen; sollten jedoch triftige Gründe zur Lösung des Arbeitsverhältnisses eintreten, so ist eine gegen seitige zweimonatliche Kündigungsfrist einzuhalten. 2. Er soll seine Arbeitskraft voll und ganz im Interesse der Firma aufbieten.

3. Dagegen verpflichten wir uns, ihn auf vorläufig ein Jahr fest zu beschäftigen und garantieren ihm auf Grund der deutschen Arbeitsfrage einen täglichen Verdienst von M. 6,50 bis M. 7.

4. Auch sichern wir ihm mit Familie freie Reise, welche nach seinem Eintritt hier vergütet wird.

Ulrich, den 3. Mai 1901.
Ludwig Rißfels Mechanische Werkstatts Aktiengesellschaft.
Ludwig Rißfels. Olof Ohlsson.

Mit vorstehenden Bedingungen erkläre ich mich einverstanden.

Es ist fraglich, ob der Kontrakt, der als in Schweden abgeschlossen zu betrachten wäre, nach dortigem Recht für den kontrahierenden Arbeiter irgend welchen Werth hat. Aber selbst wenn das der Fall ist, erscheint es mehr als zweifelhaft, ob solche Versprechungen, wie Garantie eines Tagesverdienstes von M. 6-7, ernst zu nehmen sind. Es ist doch anzunehmen, daß die schwedischen Kollegen sehr begründete Ursache hatten, als sie den Widerstand gegen Rißfels' Anmachungen aufnahmen. Wir wollen deshalb der Erwartung Ausdruck geben, daß deutsche Kollegen es ablehnen, den Lockungen des Herrn Rißfel zu folgen, in ihrem eigenen Interesse wie in dem der schwedischen Kollegen, die alles Andere erwarten, nur nicht, daß deutsche Holzarbeiter ihnen in den Rücken fallen. Uebrigens befinden sich Streikbrecher in Urdorf in keiner besonders beneidenswerthen Lage, da sie von der dortigen Bevölkerung, die durch preussische Polizisten nicht in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert ist, als Verräther an der Arbeiterfrage gehandelt werden.

Also keine Schreiner und Stellmacher als Streikbrecher nach Schweden.

Erklärung.

In Bezug auf die in Nr. 5 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 4. Februar 1900 zum Abdruck gelangte Notiz: Die Verhältnisse der Arbeiter in der Stuhlfabrik und Polieranstalt der Firma Terlinden in Strahlen betreffend, erkläre ich, daß es lediglich meine Absicht war, die Lohnverhältnisse genannter Firma, wie solche mir von vertrauenswerther Seite mitgeteilt waren, einer sachlichen Kritik zu unterziehen, daß es mir aber fern gelegen hat, die Inhaber der Firma bezw. Herrn Terlinden zu beleidigen.

Ich nehme daher alle Behauptungen, die sich als übertrieben bezw. unrichtig herausgestellt haben, so unter Anderem, daß die Firma deshalb in Strahlen auf billige Arbeitskräfte spekulire, damit sie die Schund- und Schmutzkonkurrenz noch ärger betreiben könne, gerne zurück und bedauere, daß diese, die Firma beleidigenden Aeußerungen Aufnahme fand.

Albert Röske,
Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung.“

Gewerkschaftliches.

Der „Deutsche Holzarbeiter“, Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, hatte in seiner Nr. 7 d. J. die Behauptung aufgestellt, ein Mitglied dieser Organisation sei von Mitgliedern unseres Verbandes in Offenbach aus einem Waugeschäft hinausterrorisiert worden. Wir gingen damals der Sache auf den Grund und stellten nach eingehenden Informationen in Nr. 10 der „Holzarbeiter-Zeitung“ fest, daß der angeblich Terrorisierte freiwillig das Arbeitsverhältnis gelöst hatte, was übrigens auch aus einem von uns veröffentlichten Schreiben der betreffenden Firma hervorging. Weiter stellten wir fest, daß von einer Terrorisierung nach Schilderung des „Holzarbeiter“ schon deshalb keine Rede sein konnte, weil der fragliche Kollege zur damaligen Zeit gleichzeitig Mitglied unseres Verbandes war, während unseren Verbandsmitgliedern von einer Mitgliedschaft desselben im christlichen Verband nichts bekannt war. Wir beschränkten uns auf diese Feststellung in der sicheren Erwartung, daß das christliche Blatt baldigt der Wahrheit die Ehre geben und sein Unrecht eingestehen werde, hatten uns dabei allerdings in der Anständigkeit unseres Gegners getäuscht. Denn anstatt den Weg zu wählen, den jeder anständige Mensch wählt, häufte er zu den früheren Unwahrheiten neue, indem er in seiner Nr. 18 schrieb:

„Nach genauem eingezogenen Erkundigungen theilen wir mit, daß für uns kein Anlaß besteht zu berichten, daß der fragliche Kollege nicht mehrere Monate, sondern sechs Wochen bei der Firma Kaiser beschäftigt war. Der übrige von uns geschilderte Thatsbestand entspricht der Wirklichkeit und konnte der Beweis für die von der „Holzarbeiter-Zeitung“ aufgegriffenen einzelnen Momente, von den Mitgliedern des „Deutschen Holzarbeiter-Verbandes“ in einer gemeinschaftlichen Sitzung nicht erbracht werden.“

Wir haben uns selbstverständlich auch in diesem Falle bemüht, den Spuren des „Holzarbeiter“ zu folgen und können Folgendes feststellen: Nichtig ist, daß auf Veranlassung des Vorstandes des christlichen Gewerkschaftskartells eine gemeinschaftliche Sitzung mit der Ortsverwaltung unseres Verbandes stattfand, da ersteres Stellung gegen den angeblich terrorisierten Arbeiter nehmen wollte, falls seine Angaben sich als unrichtig herausstellen sollten. Völlig erfunden ist aber die Behauptung des „Holzarbeiter“, daß für unsere Angaben dort keine Beweise erbracht worden seien. Durch drei Vertrauensleute der genannten Werkstätte, wo Schuhmann (der angeblich Terrorisierte) gearbeitet hatte, wurde festgestellt, daß dieser sich ihnen gegenüber durch ein Verbandsbuch des deutschen Holzarbeiterverbandes als Mitglied desselben legitimiert habe. Unsere Kollegen waren somit überzeugt, daß sie es mit einem Verbandskollegen zu thun hatten und erst durch die Notiz in Nr. 8 der „Holzarbeiter-Zeitung“

wurden sie vom Gegentheil unterrichtet. Von Terrorismus gegen einen christlichen Gewerkschaftler konnte deshalb keine Rede sein. Daß der „Holzarbeiter“ trotz dieser Beweise noch schreiben kann, „der von ihm geschilderte Thatsbestand entspricht der Wirklichkeit, Gegenbeweise hätten nicht erbracht werden können“, beweist die Strupellofigkeit, mit der er seine Devise: „Für Wahrheit und Recht“ aufsaßt. Wie es übrigens mit dem „Thatsbestand“ aussieht, schilderten die Vertreter des christlichen Gewerkschaftskartells folgendermaßen: „Schuhmann hat uns von seiner angeblichen Entlassung Mittheilung gemacht, um sich seine Arbeitslosenunterstützung zu sichern und hierbei die Vermuthung (!) ausgesprochen, daß er anscheinend auf Betreiben der sozialistischen Kollegen entlassen worden sei. Sie (die Vertreter) hätten dem Redakteur Stegerwald privatim von dieser Vermuthung Mittheilung gemacht und ihm versprochen, falls der Thatsbestand festgestellt werden könnte, ihm einen Bericht für die Zeitung zu senden. Stegerwald habe aber gegen ihren Willen diese Vermuthung sofort als Thatsbestand (111) für den „Holzarbeiter“ verwertet.“

Kennzeichnet diese Schilderung der Entstehungsgeschichte der ganzen Affaire die christlichen Helden schon zur Genüge, so noch mehr der Umstand, daß von dem Resultat der oben angeführten gemeinschaftlichen Sitzung nur auf Wunsch der betheiligten christlichen Gewerkschaftler nichts an die Öffentlichkeit kommen sollte, jedenfalls doch, weil diese das Gefühl hatten, daß sie durch eine solche Veröffentlichung nicht sonderlich gewinnen könnten. Jetzt ist es der Vorsitzende ihres Verbandes und Redakteur ihres Verbandsorgans, der zu ihrem eigenen Schaden diese Angelegenheit wieder zur Diskussion stellt. Man muß sich fragen, was größer ist: Die Ungeheuerlichkeit des Herrn Stegerwald oder seine Unverschämtheit.

Zur Taktik der christlichen Gewerkschaften. Die Agitatoren der christlichen Gewerkschaften behaupteten schon öfter, daß ihre Gewerkschaften sich frei von jeglicher Parteipolitik hielten, und nicht wie die freien Gewerkschaften einer Partei an den Rockschößen hängen. Diese Behauptung wird nur deshalb aufgestellt, um die Sonderbündelerei zu begründen. Daß aber Theorie und Praxis bei den „Christlichen“ zweierlei Dinge sind, zeigt eine Einladung in den christlichen Gewerkschaftsorganen zu einer am 7. Mai stattgefundenen, vom Münchener Zentrumswahlverein einberufenen Versammlung, in welcher ein Dr. Pieper aus M.-Glabbach referirte. Diese Zweifelseelentheorie scheint einigen christlichen Holzarbeitern wider den Strich gegangen zu sein, wie eine Briefkastennotiz im „Christlichen Holzarbeiter“ an eine Frankfurter Adresse beweist. Dieselbe lautet:

Frankfurt. Die Einladung zu der Versammlung des Arbeiterwahlvereins in München ist deshalb in den verschiedenen Gewerkschaftsblättern erfolgt, weil das Thema, welches Herr Dr. Pieper behandelt, ein rein wirtschaftliches war, und für die Mitglieder der „christlichen Gewerkschaften“ das gleiche Interesse bot, wie für die Mitglieder des Arbeiterwahlvereins. Daß sich die „christlichen“ Gewerkschaften streng von Parteipolitik fern halten müssen, ist uns bekannt und wurde dieser Grundsatz unsererseits auch noch nie verletzt. Eine falsche oder unnötige Rücksichtnahme sähe aber nur der Förderung des Kastengeistes gleich, den wir denn doch nicht einbürgern lassen wollen.

Parteipolitik wird nicht getrieben, o bewahre. Nur um die christlichen Mitglieder vor dem verderblichen Kastengeist zu bewahren, deshalb laden die christlichen Gewerkschaftsblätter zur Versammlung ein, die vom Zentrumswahlverein einberufen wurde! So schlägt sich der christliche Kollege mit seiner Theorie immer selbst in's Gesicht.

Die Kupferschmiede Hamburgs sind am 8. d. M. in den Streik eingetreten. Der Ausstand ist die unmittelbare Folge des Beschlusses des Arbeitgeberverbandes, die Arbeiter, welche den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern beschlossen hatten, auf 10 Tage von der Arbeit auszusperrten. Die Vereinigung der Kupferschmiede erklärte einstimmig, sie könne sich eine derartige Maßregelung unter keinen Umständen gefallen lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Kreise der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter durch den Streik in Mitleidenenschaft gezogen werden. In den Forderungen ist auch die Beseitigung des berüchtigten Arbeitsnachweis- und Maßregelungsbureaus der Rühnmänner aufgestellt worden.

Die vom Verbandstag der Bäcker beschlossene Abstimmung über die Erhöhung des Wochenbeitrags auf 30 Pf. ergab die Annahme der Beitragserhöhung mit 1080 gegen 363 Stimmen. Eine ganze Reihe Mitgliedschaften hat leider keine Abstimmung vorgenommen oder es verabsäumt, das Resultat dem Verbandsvorstand einzusenden. Die Beitragserhöhung trat mit dem 1. Mai d. J. in Kraft.

Der Tapeziererverband weist nach seiner soeben veröffentlichten Abrechnung für das verlossene Jahr in 89 Filialen 4012 Mitglieder auf. Die Gesamtsumme für 1900 betrug M. 28878,23. Für Reiseunterstützung wurden vorausgabt M. 2215,40, für die Zeitung M. 4075,91 und für Streiks M. 4145,26.

Ueber ein Kuriosum preussischer Bureaukratie weiß die „Bildhauer-Zeitung“ zu berichten. Darnach sollte der Verwalter der Filiale Deuthen (Ober-Schles.) des Zentralverbandes der Bildhauer zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Die Höhe derselben war schon veranlagt, als man nach erhobener Einsprache des Verwalters, denselben auf das Steuerbureau beschied, wo nach erfolgter Belehrung man Abstand nahm, für den Staatsfiskus Gelder aus der Funktion eines Verwalters der Verwaltungskasse einer gewerkschaftlichen Organisation herauszuschlagen.

Technisches.

Der Verbrauch an Holzstoff zur Herstellung von Papier für die amerikanischen Zeitungen ist so bedeutend, daß

man schon Berechnungen darüber angestellt hat, wann die Waldungen Kanadas und Sibiriens der Vergangenheit angehören werden. Um jede der größten Zeitungen in Newyork, Chicago und Philadelphia zu veröffentlichen, ist es nöthig, jährlich bis zu 150 000 Bäume zu fällen, was ein Terrain von etwa 10 000 Hektar bedeutet. Die Weihnachtsausgabe einer Zeitung beanspruchte allein gegen 300 000 Kilogramm Papier, wozu über 200 000 Klöße der kanadischen Tannen erhalten mußten. Nun giebt es in den Vereinigten Staaten mehr als 20 000 Zeitungen, deren Existenz von den kanadischen Gebirgen abhängig ist. Die Provinz Quebec allein liefert jährlich im Durchschnitt 500 Millionen Kilogramm Papier. (Mittheilung des Patent- und technischen Bureaus Richard Lüders in Görlitz.)

Literarisches.

„In freien Stunden“, Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk, in Wochenheften à 10 S. Die Lieferungen 15 bis 19 enthalten die Fortsetzung des figuren- und handlungsreichen Romans „Dombey und Sohn“ von Charles Dickens und den Anfang der „Sokrates“ von „Fortunatus“, einer spannenden Geschichte aus der Zeit der ungarischen Judenverfolgungen. Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrspreis von M. 1,20, Postzeitungskatalog Nr. 3623) nimmt Bestellungen auf diese 10 S.-Hefte an. Wir empfehlen unseren Lesern dringend das Abonnement.

Uly Braun. Frauenarbeit und Hausarbeit. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 20 S.

Adolph Wendt. Fort mit den Getreideböllen. Verlag von Jos. Gogowsky, Posen. Preis 20 S.

Briefkasten.

In Sachen Röhn in Sulum. Kollege Andreesen in Ottenen, sprechen Sie nächster Tage einmal bei uns vor.

* Wer nennt uns eine Fabrik, welche Sportskarren und Sportwagen für Kinder liefert? Wir bitten darum.

Speinbeck. Ein Mittel, um ein zerbrochenes Hirschgeweih haltbar zu fitten, ist uns nicht bekannt; vielleicht nennt ein Fachmann uns ein solches.

W. G. Dürften Sie bei Boffen & Burghardt, Hamburg, Boltmannstr. 12, und J. Gröpper, Hamburg, Gr. Mühlenstraße, bekommen.

Frankfurt a. M., A. Troden, Warm- und Leim-Ofen erhalten Sie bei Gebr. Schmedt & Co. in Esferfeld an der Sieg und bei Danneberg & Quandt in Berlin O., große Frankfurterstr. 16.

Burg, A. Sch. Die Flecke können entstanden sein dadurch, daß das Material (Schellack) schlecht war, daß im kalten Raume polirt wurde, oder daß zu viel Bimsstein zum Rupoliren verwandt wurde. Ein Mittel, außer, die Politur wieder abzulehen und von Neuem zu poliren, giebt es nicht.

Mengede, R. Zinkulagen liefert Jakob Ravinne & Söhne, Berlin, Wallstr. 98, Thomas Balinski, Kiel, Sophienblatt, liefert fertige Särge in jeder Größe. Journiere aller Holzsorten liefert T. Kühnel, Berlin O., Markstr. 87. Summt zu Billardbänden erhalten Sie bei Alb. Sauerzapf in Dresden-N. 596. Messingabern dürften Sie vielleicht bei Julius Kolbe, Breslau, Bischofstr. 9, erhalten.

Berlin, E. A. Rühbaum. Meisen, O. J. Journierte Tischblätter liefert als Spezialartikel Herr A. Pofelst in Altona, Bürgerstr. 117, 1. St.

Karlruhe, M. J. Die Adresse der Deutschen Drechsler- und Stülbing Holzbearbeitungs-Techniker ist: Berlin-Schmargendorf, Sundebefehstr. 3.

Tübingen, A. W. Zwei Berichte aus einem Orte zu bringen ist etwas viel verlangt; der erste war bereits gefügt.

Jena, Sp. Allerding handelt es sich um einen Strichum, wenn in dem betr. Bericht von 50-120 pZt. Abzug die Rede ist, da ein Abzug von 120 pZt. nicht denkbar ist.

Rigdorf, R. E. Ein Bericht in dieser förmlichen Fassung ist zur Veröffentlichung wohl kaum geeignet.

Meerane, C. A. Uns ist von einem Eingekandt nichts bekannt.

Biberach, R. O. Wäre es nicht zweckmäßiger, wenn Du die Entgegnung an die „Eiche“ senden würdest als Antwort auf ihre Korrespondenz? Wir sind der Meinung, daß sie dort wohl besser am Plage ist.

Tondern, E. Wie wir bereits früher einmal anriethen, können wir Ihnen auch jetzt wieder nur empfehlen, Ihre Anregungen in Form von Anträgen zum nächsten Verbandstag an den Vorstand einzusenden.

Geschwenda, L. S. In solchen Fällen ist schlecht zu rathen, da es auf die Landesgesetzgebung ankommt, die wir in diesem Fall nicht kennen. Am besten ist es, Sie folgen dem Rath des Rechtsanwalts.

Waldheim. Befindet sich noch beim Rechtsanwalt in Düsseldorf. Soeben erst erledigt, werden Ihnen das Gesuch in nächster Zeit zustellen.

Ronneburg, W. B. Gut gemeint, aber nützen wird es kaum, da die Schulbigen Ihre beherzigenswerthen Mahnungen nicht zu Gesicht bekommen.

Freudenstadt. Mit der allgemeinen Redewendung, „daß man in Folge ungehöriger Behandlung, der man seitens des fraglichen Beamten ausgesetzt sei, jegliches Vertrauen verliere“, ist nichts anzufangen. Wir müssen nicht nur wissen, welcher Art die Behandlung und die beleidigenden Aeußerungen sind, sondern auch wenn dieselben zu Theil wurden. Erst dann kann Ihr Bericht Berücksichtigung finden.

Okerode, B. Ja; es waren 16 Wochen, die ich krank war; seit 17. Mai wieder zurück. Gruß! A. Röske.

Holzhausen. 1. Ja; richtet sich nach der Rentenfestsetzung durch die Berufsgenossenschaft bezw. Schiedsgericht. Die Auszahlung erfolgt durch den Kassirer derjenigen Krankenkasse, welcher der Berufung angehört. Im Uebrigen wenden Sie sich deshalb an den Zentralvorstand. 2. Zur Unfallversicherung muß der Betreffende angemeldet werden; Markenleben braucht er nicht.

Gräfenroda. Witten um Zufindung bezw. um eine Abschrift der Fabrikordnung. Es ist besser, wenn Sie uns das Versprechen überlassen. Den Bericht stellen wir so lange zurück.

Dunzlau, E. A. Warum senden Sie uns die „Eingekandt“ aus den beiden Zeitungen nicht zu. Uns, die wir über die Streiks berichten, und wenn nöthig, Stellung zu denselben nehmen sollen, sollte Alles zugänglich gemacht werden, was auf dieselben Bezug hat.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Murich. Sonntag, den 26. Mai, Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Gastwirths Brunger, Kirchdorferfeld. Sammtliche Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse dringend gebeten, zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Müffeldorf. Dienstag, den 28. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.

Sektion der Möbelschreiner. Samstag, den 25. Mai, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Köhnerstr. 26.

Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Samstag im Monat bei P. Borgs, Schützenstraße.

Röln. Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 9 Uhr, im Lokale „Benz'Erholung“, Sandbahn 1.

Arbeitsnachweis für Stellmacher bei Mecht, Rheinberg 9. Die Ortsverwaltung.

Wernigerode. Sonnabend, den 1. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei W. Sillmer, „Stadt Stolberg“.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Soswig. Die durchreisenden Kollegen seien hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß unser Arbeitsnachweis sich bei K. Richter, Restaurant „Lugweg“, befindet. Das Umschauen ist unter allen Umständen zu unterlassen.

Gräfenroda i. Th. Der Kassirer wohnt jetzt: Bahnhofstr. 22 und zählt die Unterzählung Abends von 7-9 Uhr aus.

Jagoltsch. Betr. Johann Schmidt, Bürstenmacher, Kanalstr. 6, 1. Et. Herberge: „Gasthaus zum Lindenermeier“, Theresienstraße. Reiseunterstützung daselbst.

Braunschweig. Achtung! Die Verwaltungsstellen, welche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, werden freundlichst ersucht, ein Statut und Abrechnung zur Information einzuliefern.

Fritz Althof, Obmann, Braunschweig, Kuhstr. 15.

Verwaltungsstelle München.

Vielfachen Anfragen entsprechend theilen wir mit, daß der Bericht über den letzten Streit im Druck erschienen und gegen Einsendung von 15 A pro Exemplar und Porto durch die Ortsverwaltungen zu beziehen ist.

Die Ortsverwaltung München.

Aufforderung.

Dem Drechsler Emil Pieker, Buch-Nr. 68 224, welcher zuletzt in Grimmisschau war, eruchen wir, seinen Verpflichtungen bei hiesiger Verwaltungsstelle gegenüber nachzukommen, widrigenfalls wir andere Maßregeln ergreifen werden.

Richard Seibert, Kassirer Grimmisschau, Albersstr. 11.

Der Tischler Peter Clasen, geb. 27. 3. 60 zu Dörenburg i. Oldenbg., Buch-Nr. 108 345, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen uns gegenüber nachzukommen. Kollegen, welche seinen jetzigen Aufenthalt wissen, werden gebeten, uns Mittheilung zu machen.

Die Ortsverwaltung Murich G. Tischner, Deboldm.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Reinhold Bandmann, Tischler, geb. 7. 5. 74 zu Dreßdine (St. Militisch), gest. 8. 5. 1901 an Kehlkopfentzündung zu Görlitz.

Ang. Raabe, Tischler, geb. 24. 4. 77 zu Seefenmünde, gest. 23. 4. 1901 zu Seefenmünde.

Emil Franke, Tischler, geb. 13. 1. 80 zu Sahn (R. j. L.), gest. 8. 5. 1901 zu Langenberg (R. j. L.).

Adolf Schumann, Schreiner, geb. 20. 4. 67 zu Marthbrunn, gest. 13. 5. 1901 an gelohrter Schwindsucht zu Mainz.

G. J. Haas, Schreiner, geb. 25. 7. 48 zu Hörtzbach, gest. 15. 5. 1901 an Schwindsucht zu Mainz.

Julius Dabbert, Tischler, geb. 7. 1. 68 zu Stralsund, gest. 11. 5. 1901 zu Lübeck.

Ehre ihrem Andenken Die Ortsverwaltungen.

Wer kann mir die Adresse oder den Aufenthaltsort von Ernst Martin, Drechsler, angeben? Bekommt Dank im Voraus!

A. Schröter, Leipzig-Ettlerstr., Gymstr. 69.

Der Tischler Otto Gänzel aus Döbeln wird gebeten, wegen dringender Sachen sofort seiner Mutter, Sainthenerstr. 82, seine Adresse mitzutheilen. [M. 1,60]

Tüchtige Möbelschler auf beste, dauernde Arbeit gesucht.

Andr. Petersen, Tischlerei, Alpenrade.

Zum sofortigen Eintritt 2 tüchtige Bautischler sucht

Gustav Galle, Spremberg, N.-B., Bautischlerei mit Dampftrieb.

Mehrere tüchtige Möbelschreiner finden dauernde und lohnende Beschäftigung.

W. Rommel, Möbelfabrik, Sulda (Sachsen).

5-6 tüchtige Möbelschler und 3-4 tüchtige Bautischler werden auf sofort gesucht. Hoher Lohn und, bei zufriedenstellender Leistung, dauernde Beschäftigung. Fahrgehalt nach hier wird vergütet.

H. A. Schulte, Papenburg.

Stuhlmacher, nur saubere Arbeiter, gesucht.

Otto Schlegel, Hannover, Delkenstr. 15a.

Junger Stellmacher sucht Stellung.

Ernst Baudach, Striegau i. Schl.

Bandsäger für Bürstenhölzer u. Bürstenhölzer-Bohrer gesucht. Gest. schriftl. Offerten an Victor Bocks, Wühl (Bez. Köln).

Journierjäger.

Für Holland wird per sofort ein tüchtiger Säger gesucht, der selbstständig arbeiten kann. Off. nebst Gehaltsanprüchen unter H. E. 1885 an Haasenstein & Vogler A.-G., Köln.

Offene Stelle!

für 1 bis 2 geübte Stuhlmacher in der deutschen Schweiz. Gest. Offerten mit Adresse unter N. R. 119 an die Expedition d. Bl.

Korbmachergesellen auf Ballonkörbe stellt noch ein

F. Gutzewski, Stettin, Schwarzerdamm 10.

Gesucht solider, tüchtiger Korbmacher auf dauernde Beschäftigung.

Jak. Kahlke, Glückstadt.

Korbmacher

auf Reifkörbe, Rohrkörbe, Gefickarbeit und Kinderwagen.

Holzarbeiter

auf Sportwagen u. bergl. sofort für dauernd gesucht.

Krellig & Co., Lüben a. d. Mulde.

Auf sofort 2 Korbmacher auf Fischkörbe.

J. Adamietz, Weferdeich b. Berne (Olbzg.).

Korbmachergesellen auf dauernde, lohnende Arbeit sucht

E. Nauber, Barmen.

2 Korbmacher, gute Mitarbeiter, auf sofort gesucht.

Arbeitsnachweis der Holzarbeiter, Braunschweig, Berder 32.

Gesucht ein junger Bürstenmacher. Lohn M. 8 bei freier Kost und Logis.

F. Schacht, Bismberg.

Mehrere Bürstenmachergesellen auf sofort gesucht

Herm. Mengler, Bürstenfabrik, Mülheim a. d. Ruhr, Tiefenbach 17.

Korbbranche.

Tüchtige Handrandschneider zum sofortigen Eintritt gesucht. Guter Lohn und dauernde Stellung.

Bayerische Korbfabrik, München.

Meine Tischlerei mit Sarg- und Möbelsmagazin u. guter Kundsch. verkaufe ich wegen Wegzugs von hier für den billigen Preis von M. 11 200 mit Werkzeug. Das Geschäft ist 7 Jahre im Betrieb.

A. Felsch, Tischlern, Alten (Anh.).

Stübling's Holzbearbeitungs-Techniker.

Berlin-Schmargendorf. Probe-Nummer gratis und franko. Bestes Fachblatt für die Grossindustrie.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei u. sechsmonat. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.

Züchtler, Werkstätten, Meckl.

Meier's Patent-Schrank-beschlag. Ist in allen Eisenwaarenhandlungen zu haben. Wo nicht, versende ich direkt, auch in Postkollon von 8 Stk. Galv. verzinkt pro Stk 80 A, Eisen geschweert " " 75 A. J. Meier, Bremen, Kl. Galle Nr. 33.

Praktisches Unterrichtsbuch für Tischler, Bildhauer, Drechsler etc. von Ernst Loofe, städtischer Lehrer u. Lehrer a. d. Bundesfachschule zu Magdeburg. Zweite, bedeut. erweiterte u. verbesserte Auflage. Inhalt: Abth. 1. Die richtige Schreib- und Sprechweise. Abth. 2. Geschäftsbriefe u. Geschäftsaufträge. Abth. 3. Das Fachrechnen. Abth. 4. Die wichtigsten Hölzer. Abth. 5. Werkzeugkunde des Tischlers, Bildhauers, Drechslers etc. Abth. 6. Das Kostenberechnen. Abth. 7. Die Buchführung. Abth. 8. Wechsellöhre. Abth. 9. Gelesezkunde. Anhang: Aus dem Einkommensteuergesetz. Preis M. 3, eleg. gebunden M. 3,50. Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Gratis und franko erhält Jeder meinen Pracht-Katalog mit ca. 2000 Abbild. v. Messern, Scheeren, Waffen, Fernrohren, Gold- u. Lederwaren etc. Empfehle unübertroffen Silberstahl-Rastmesser m. Stui zu M. 2, desgl. Diamant-Nahl M. 3. Prima Stahl-Haushaltungsscheere, 6 Zoll, 65 A gegen Nachnahme oder vorherige Kassa. Fritz Hammesfahr, Stahlw.-Fabrik Soche-Solingen.

Slomke's Städtebuch für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisenbahn- u. Wegekarte von Deutschland und angr. Ländern. 356 Seiten, geb. M. 1,20. Zu beziehen b. alle Buchhandl. od. geg. Eins. v. M. 1,40 von G. Slomke's Verlag, Bielefeld.

Muster von Herren- und Damenkleiderstoffen portofrei. Für 1 Mk. 65 Pf. 1 Meter 20 cm. englisch Jeder zu einer Strapsenjacke. Für 6 Mark 3 Meter Monopol-Schleier in allen Farben zu einem eleganten Anzuge. Für 8 Mk. 10 Pf. 3 Meter gebogenen Kodon zu einem Sport-Anzuge. Für 9 Mk. 40 Pf. 3 Meter Satin zu einem hochseinen Paletot. Für 10 Mk. 50 Pf. 3 Meter Triumph-Schleier zu einem eleganten Anzuge. Für 13 Mk. 80 Pf. 3 Meter Sammet zu einem soliden Besatzunge. Für 2 Mk. 70 Pf. 6 Meter Aalder-Peloux zu einem soliden Gastkleide. Für 3 Mk. 90 Pf. 6 Meter solides Damenstuch in allen Farben. Für 4 Mk. 80 Pf. 6 Meter Damenloben zu einem soliden Kleide. Für 6 Mk. 30 Pf. 6 Meter schwarz reinwollen Cachemire oder Crêpe. Für 9 Mark 3 Meter Mohair-Blanz-Jacquard in allen Modelfarben und schwarz. Für 10 Mk. 50 Pf. 6 Meter reinwollen Comespun, letzte Neuheit in prachtvollen Leistungen. Entzückende Neuheiten bis zum Hochstaufen in konkurrenzlos billigen Preisen. Tuchausststellung Augsburg 93 Wimpfheimer & Cie. Preisliste gratis.

Durch die Expedition dieses Blattes sind zu beziehen: Die moderne Bautischlerei, enthaltend Vorlagen zu allen im Baufach vorkommenden Arbeiten. - Preis M. 10,50. Musterblätter moderner Drechslerarbeiten. Zwei Sammlungen à M. 6.

Paul Horn, Hamburg Pappel-Allee 26-36 Lilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte. Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und farbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unter Garantie d. Oelanschlagen. Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität. Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889. Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechsler-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko. 1895 „Goldene Medaille“, Lübeck. Verlag: H. 2524, Druck: Gumb. Buchdruckerei. Verlagsgesellschaft Auer & Co., beide in Hamburg.